

# GÖD

## UNSER HEER

Ein Blick hinter die Kulissen.



+++ NATIONALRATSWAHL: POSITIONEN DER SPITZENKANDIDATINEN +++

# Jetzt exklusive Sondervorteile mit dem Opel Partnerprogramm und der ÖBV

## Für alle GÖD-Mitglieder

- > Exklusiver Sonderrabatt beim Kauf eines Opel Neuwagens
- > Sonderrabatt für Ihre Kfz-Versicherung<sup>1</sup> vermittelt durch die ÖBV
- > Bei Abschluss eines Leasingvertrags<sup>2</sup> sowie einer Kfz-Versicherung vermittelt durch die ÖBV: zusätzlich 2 Monate gratis Haftpflicht und Kaskoversicherung, GAP-Deckung gratis
- > **Holen Sie sich das Unternehmenslogin im Login-Bereich auf [www.goedvorteil.at](http://www.goedvorteil.at) und melden Sie sich auf [www.partnerprogramme.at](http://www.partnerprogramme.at) an. Alle weiteren Infos finden Sie dort oder fragen Sie uns:  
Tel. 059 808 | [www.oebv.com](http://www.oebv.com)**

Service-  
gutscheine  
im Wert von bis  
zu € 1.500,-  
gewinnen

<sup>1</sup> Versicherer: WIERNER STÄDTISCHE Versicherung AG Vienna Insurance Group

<sup>2</sup> Leasinggeber: Wiener Städtische Donau Leasing GmbH

## GESCHÄTZTE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

**GEHALTSVERHANDLUNGEN EINGEFORDERT!** Es ist wieder so weit: In einem vor wenigen Tagen übermittelten Schreiben an den für den Öffentlichen Dienst zuständigen Finanzminister Eduard Müller fiel der Startschuss für die Gehaltsverhandlungen 2020. Wir fordern eine nachhaltige Erhöhung der Gehälter, um eine dauerhafte Kaufkraftsteigerung für alle öffentlich Bediensteten sicherzustellen. Ständig neue Aufgaben bei einer mittlerweile in nahezu allen Bereichen prekären Personalsituation bringen für unsere Kolleginnen und Kollegen immer schwierigere Arbeitsbedingungen mit sich. Nur durch Motivation und großen persönlichen Einsatz können die Leistungen noch in gewohnt hoher Qualität erbracht werden. Auch die von allen Parteien angekündigte Klimapolitik bedeutet eine zusätzliche Aufgabe für den Öffentlichen Dienst in allen Gebietskörperschaften. All das muss sich in einem guten Gehaltsabschluss abbilden.

**SCHWERPUNKT BUNDESHEER** In den vergangenen Wochen stand das Bundesheer immer wieder im Fokus der medialen Aufmerksamkeit. Wir haben die Titelgeschichte der aktuellen Ausgabe unseres Mitgliedermagazins daher diesem Thema gewidmet – ein Blick hinter die Kulissen unseres Heeres spricht Bände. Von teilweise prekären Zuständen ist die Rede, und zwar in allen Bereichen, von der Ausstattung über die Infrastruktur bis zum Personal. Die Situation ist enorm schwierig geworden, auch beim Katastropheneinsatz, wo es kaum mehr Reserven gibt.

Die GÖD fordert daher – wie für alle Bereiche des Öffentlichen Dienstes – eine substantielle Erhöhung der Budgetmittel, damit die öffentlichen Aufgaben auch in Zukunft in gewohnter Qualität erfüllt werden können!

**NATIONALRATSWAHL 2019** Früher als geplant steht wieder eine Nationalratswahl vor der Tür. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Legitimation der politischen Repräsentanten, Demokratie lebt von Beteiligung. Daher meine persönliche Wahlempfehlung für den 29. September: Stärken Sie die Demokratie und gehen Sie wählen!



NORBERT SCHNEDL  
Vorsitzender



GÖD-CARD . . . . .	18
KOLUMNE . . . . .	19
RECHT . . . . .	26
SOCIAL MEDIA . . . . .	29
BVA . . . . .	32
STARK. WEIBLICH. . . . .	33
BV 22 PENSIONISTEN. . . . .	40
GÖD-HOTELS. . . . .	44
BV 2 WIRTSCHAFTSVERWALTUNG. . . . .	48
PANORAMA. . . . .	49

# INHALT



8

## Titelgeschichte **Unser Heer**



Jahrzehntelange Budgetrestriktionen bringen Österreichs Bundesheer an seine Grenzen. Ohne das große Engagement der rund 24.000 Kolleginnen und Kollegen wäre ein Funktionieren kaum möglich. GÖD-aktuell blickt hinter die Kulissen.

## Die GÖD-Leistungen



### GÖD-Rechtsschutz

hat von 2014 bis 2018 in  
Arbeitsgerichts- und Zivilverfahren  
**25 Millionen Euro**  
für unsere Mitglieder erkämpft.



### Rudolf Hundstorfer

Präsident des Österreichischen  
Gewerkschaftsbundes a. D.  
19. September 1951 – 20. August 2019

„Als Person war er Zeit seines Lebens für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer da und Garant für einen sozialen Ausgleich. Mit dem Tod von Rudi Hundstorfer verlieren wir einen Großen aus der Gewerkschaftsbewegung, einen bekennenden Sozialpartner und einen guten Freund.“

Norbert Schnedl, Vorsitzender der GÖD  
und ÖGB-Vizepräsident



# 34

## Richtigstellung:

Vor wenigen Wochen wurde eine GÖD-Sonderausgabe zur Besoldungsreform 2019 an all jene KollegInnen verschickt, für die diese Neuregelungen – Stichwort „Vorrückungsstichtag“ – von Bedeutung sein kann.

Auf Seite 2 hieß es dazu: „Amtswegig erfolgt eine Neufestsetzung des BDA bei allen Bundesbediensteten und LandeslehrerInnen,

- die sich am 8. Juli 2019 im Dienststand befunden haben und
- die im Rahmen der Besoldungsreform 2015 ins neue

System übergeleitet wurden und

- deren erstmalige Festsetzung des Vorrückungsstichtags unter Ausschluss von Vordienstzeiten vor dem 18. Geburtstag erfolgte.

Eine sich allfällig daraus ergebende Nachzahlung erfolgt rückwirkend ab dem 1. Mai 2019.“

**Richtig sollte der letzte Satz heißen:**

„Eine sich allfällig daraus ergebende Nachzahlung erfolgt rückwirkend ab dem 1. Mai 2016.“

## GEHALTSVERHANDLUNGEN 6

### Erhöhung der Gehälter

Die GÖD fordert die höhere Entlohnung aller öffentlich Bediensteter. Zentrales Argument der Verhandlungen sind die gestiegenen Arbeitsbelastungen durch die prekäre Personalsituation.

## NATIONALRATSWAHL 20

### Die SpitzenkandidatInnen

GÖD-Vorsitzender Norbert Schnedl stellt den KandidatInnen Fragen hinsichtlich ihrer Vorhaben zum Öffentlichen Dienst.

## VERFASSUNG 24

### Die Eleganz, die uns leitet

Die Verfassung aus dem Jahr 1926 hält bis heute ein praktikables Instrumentarium zur Krisenbewältigung bereit.

## JUSTIZWACHE 28

### Wege aus der Krise

Die untragbaren Bedingungen müssen ein Ende haben – konkrete Forderungen an die kommende Regierung.

## PFLEGE 30

### Die Zeit wird kommen

Wir befinden uns mitten im Pflagenotstand – die GÖD fordert dringend Verbesserungen für Personal und Klienten.

## GÖD-FERIENAKTION 34

### Strahlende Kinderaugen

Die 30-jährige ehrenamtliche Tätigkeit von Hermann Schmid wurde in Velden am Wörthersee gebührend geehrt.

### Haben sich Name oder Adresse geändert?

Auf der GÖD-Website [www.goed.at](http://www.goed.at) im Mitgliederbereich bitte unter „Daten ändern“ die zu ändernden Daten bekanntgeben. Gerne nimmt auch die GÖD-Mitgliederverwaltung die Änderungen vor. Bitte entweder telefonisch unter 01/534 54 DW 139 oder per E-Mail an: [mitgliederverwaltung@goed.at](mailto:mitgliederverwaltung@goed.at).

# DIE GÖD FORDERT DIE AUFNAHME VON GEHALTSVERHANDLUNGEN!

Der Brief von GÖD-Vorsitzendem Norbert Schnedl an den Bundesminister für Finanzen und den Öffentlichen Dienst, Eduard Müller, mit dem Ansuchen um Gehaltsverhandlungen.



Gewerkschaft Öffentlicher Dienst  
Lehrerbildung  
1000 Wien

Herrn Bundesminister  
Dipl.-Kfm. Eduard MÜLLER, MBA  
Bundesministerium für Finanzen und  
Bundesministerium für Öffentlichen Dienst und Sport  
Johannesgasse 6  
1010 Wien

Unser Zeichen:  
Zl. 2019/12019-WADH/Sehr

Datum:  
Wien, 26. August 2019

Thema: Gehaltsverhandlungen für 2020

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Das aktuelle Gehaltsabkommen für alle Öffentlichen Bedienstete läuft am 31. Dezember 2019 aus.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst fordert eine nachhaltige Erhöhung der Gehälter, Monatsentgelte, Zulagen und Vergütungen, um eine dauerhafte Kaufkraftsteigerung für alle öffentlich Bediensteten sicherzustellen.

Die Anforderungen an den Öffentlichen Dienst steigen kontinuierlich. Steinkompasse Aufgaben bei einer mittlerweile in nahezu allen Bereichen prekären Personalsituation bringen für die Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst immer schwerere Arbeitsbedingungen. Nur durch große Motivation und großen persönlichen Einsatz können die Leistungen noch in gewohnt hoher Qualität erbracht werden.

Der in allen Bereichen besterweiterte funktionierende Öffentliche Dienst wie, insbesondere Justiz, Öffentliche Verwaltung, Innere und Äußere Sicherheit, Bildung und Gesundheit sowie alle Bereiche der Daseinsvorsorge, ist ein wichtiger Standortfaktor für Österreich im internationalen Wettbewerb.

Nicht-staatlichen Parteien haben sich die aufwendigste aktive Klimapolitik zu betreiben. Auch das wird wieder eine zusätzliche Aufgabe für den öffentlichen Dienst in allen Gremienorganisationen. Es sind die Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene, in den Ländern und in den Gemeinden, die Gesetze, Verordnungen oder Anordnungen vollziehen. Der Öffentliche Dienst sorgt für den professionellen, den Gesetzen verpflichteten Nennenvollzug im Sinne und zum Wohle der Gesamtgesellschaft.

**G**ÖD-Vorsitzender Norbert Schnedl fordert mittels Schreiben vom 29. August 2019 an Finanzminister Eduard Müller, der für den Öffentlichen Dienst zuständig ist, die rechtzeitige Aufnahme der Gehaltsverhandlungen, damit das Abkommen mit 1. Jänner 2020 in Kraft treten kann. Das aktuelle Gehaltsabkommen für alle öffentlich Bediensteten läuft mit 31. Dezember 2019 aus. Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

fordert eine nachhaltige Erhöhung der Gehälter, Monatsentgelte, Zulagen und Vergütungen, um eine dauerhafte Kaufkraftsteigerung für alle öffentlich Bediensteten sicherzustellen. Neben den Erkenntnissen der Wirtschaftsforschungsinstitute bezüglich Inflationsrate und Wirtschaftswachstum soll auch die durch die prekäre Personalsituation besonders hohe Belastung Grundlage für die Verhandlungen sein. ●

Neben dem außer Streit zu stehenden Erkenntnissen der Wirtschaftsforschungsinstitute bezüglich Inflationsrate und Wirtschaftswachstum soll auch die durch die prekäre Personalsituation besonders hohe Belastung Grundlage für die Verhandlungen sein.

Es wird ersucht, zu den Verhandlungen die VertreterInnen der Länder, des Städte- und Gemeindefundheeressowie auch die ArbeitgeberInnen auch die Gewerkschaft Youngion einzuladen.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ersucht um Aufnahme von Gehaltsverhandlungen, damit das Abkommen mit 1. Jänner 2020 in Kraft treten kann.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

  
Dr. Norbert Schnedl  
Vorsitzender

Dr. Norbert Schnedl  
Postfach 1000, 1010 Wien



**D**er Grundstein für die andauernden Budgetprobleme des Österreichischen Bundesheeres wurde schon in den Gründungsjahren der Zweiten Republik gelegt und bis heute nicht behoben“, erklärt Mag. Walter Hirsch, Vorsitzender der GÖD-Bundesheergewerkschaft, eines der Versäumnisse der Politik, die dafür verantwortlich sind, warum die Ausgaben für das Bundesheer mit weniger als 0,6 Prozent des BIPs deutlich unter dem EU-Schnitt (1,3 Prozent) liegen. Als ein weiteres Problem ortet er die österreichische Tagespolitik, in der der Budgetbedarf des Heeres eine zu geringe Rolle spielt. „Das ist typischerweise ein nicht gut verkaufbares Thema. Und da Politiker immer auch auf ihre Wiederwahl schielen und sich nicht gerne mit unangenehmen Themen befassen wollen, gibt es seit Jahren kein angemessenes Verteidigungsbudget

mehr.“ Seit einigen Monaten ist Bewegung in die öffentliche Debatte um die Situation des Österreichischen Bundesheeres gekommen. Die GÖD-Bundesheergewerkschaft sieht sich dadurch in ihren langjährigen Mahnungen und Forderungen bestärkt und angehalten, auch weiterhin Klartext zu sprechen.

#### **Katastrophenschutz in Gefahr**

„Was macht eine Armee aus? Sie ist autark in ihrer Auftrags Erfüllung. Sie kann im Kampf oder auch im Katastrophenschutz voll ausgestattet über einen langen Zeitraum durchhalten. Damit kann sie bei Katastropheneinsätzen nach den ersteingesetzten Blaulichtorganisationen längerfristig helfen. Aber wir sind von diesem Ideal immer weiter entfernt. Wenn wir zu einem Einsatz gerufen werden, müssen wir immer öfter



# IM FOKUS: BUNDESHEER

**Österreichs Bundesheer hat einen guten Ruf. Das liegt überwiegend am Engagement der Soldatinnen und Soldaten wie Zivilbediensteten, denn die Rahmenbedingungen lassen zu wünschen übrig. Die GÖD-Bundesheergewerkschaft mahnt deswegen schon lange vor der Verschlechterung der Leistungsfähigkeit in vielen Bereichen und kämpft für ein angemessenes Heeresbudget.**

VON VERENA BACA



Busse anmieten, um die Soldaten zu transportieren. Diese zivilen Busse können uns aber nur bis zu der Stelle bringen, wo der Asphalt endet. Die Katastrophe findet aber meist in unzugänglichem Gelände statt“, bringt der stellvertretende Vorsitzende der GÖD-Bundesheergewerkschaft, Oberst Peter Schrottwieser, das Problem auf den Punkt. „Der Einsatz im Rahmen der schweren Schneefälle im letzten Winter, bei dem das Bundesheer zu Hilfe gerufen wurde, zeigt die Engpässe deutlich auf. Kein einziger Hubschrauberflug wäre zusätzlich möglich gewesen, weil alles ausgespielt war – bis zur letzten Maschine, bis zur letzten Flugstunde, bis zum letzten Piloten. Das heißt, hätte man in der ganz harten Schneewoche einen zusätzlichen Hubschrauber gebraucht, hätte es diesen nicht mehr gegeben. Aber wer verantwortet so etwas?“

FOTOS: ANDI BRUCKNER

## **Unterdotiertes Heer**

Es hakt in allen Bereichen: Mannesausrüstung, Mobilität, Infrastruktur, Waffensysteme und Personalaufnahmen. Zum Beispiel sind zu wenig bzw. zu alte Fahrzeuge, für die man teuer Ersatzteile ankaufen muss, vorhanden. Viele der Kasernen stammen aus Weltkriegs- oder sogar noch aus der k.-u.-k.-Zeit. Mit Zehn- bis 16-Mannzimmern, Stahlrohrbetten, Stahlspinden und lecken Dächern müssen die Berufssoldatinnen und -soldaten noch immer in zu vielen Unterkunftsbereichen leben. „Das Heer könnte ein noch viel attraktiverer Arbeitgeber sein, wenn die Infrastruktur in allen Kasernen etwas zeitgemäßer wäre“, ist Walter Hirsch überzeugt. Auch wenn es ein paar besser ausgestattete Bereiche wie die Militärpolizei und den Truppenteilen im Assistenz- und Auslandseinsatz gibt, soll das nicht über die Tatsache



„Es muss außer Diskussion stehen, dass für alle Soldaten eine moderne Uniform zur Verfügung gestellt wird.“

OBERST PETER SCHROTTWIESER, STELLV. VORSITZENDER GÖD-BUNDESHEERGWERKSCHAFT

hinwegtäuschen, dass für die Masse des Heeres großer Investitionsbedarf besteht. Daher verlangt Schrottwieser: „Es muss außer Diskussion stehen, dass für alle Soldaten endlich Helme, hochwertige Stiefel, zeitgemäße Schutzwesten und Nachtsichtgeräte, überhaupt eine moderne Uniform zur Verfügung gestellt werden!“

Auch im Bereich der Heeresverwaltung gibt es Probleme. Rund 800 Zivilbedienstete verlassen heuer das Österreichische Bundesheer, dabei hat die große Pensionierungswelle noch gar nicht begonnen. Nur ein Teil der freiwerdenden Arbeitsplätze wird nachbesetzt. „Und wo sollen denn das Gewehr, die Munition oder der Stiefel herkommen? Den kauft sich der Soldat ja nicht selber. Das muss besorgt, eingeführt, administriert und zugewiesen werden“, macht der Vorsitzende der Bundesfachgruppe Heeresverwaltung in der GÖD-Bundesheergewerkschaft, ADir RgR Günther Tafelit, deutlich, dass ohne intakte Heeresverwaltung das Heer nicht funktioniert.

Es ist sogar für den Laien zu erkennen, dass für das Österreichische Bundesheer erhebliche Investitionen notwendig sind. Daher wird eine zukünftige Bundesregierung von den Sparplänen für das Bundesheer abrücken müssen. Hirsch und Schrottwieser sind sich einig: „Es ist schwer, eine Prioritätenreihung zu treffen, wo der Investitionsbedarf am größ-

ten ist. Aber eines kann man der österreichischen Bevölkerung sagen: Jeder Euro für das Österreichische Bundesheer ist ein gut investierter Euro für die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung.“

### Österreichs guter Ruf

Dass Österreichs Heer dennoch funktioniert, Soldatinnen und Soldaten bei internationalen Wettbewerben Top-Plätze erobern, liegt an den Menschen selbst – an dem Engagement der rund 24.000 Bediensteten, die unter Aufbietung aller Kräfte eine vorbildliche Arbeitsmoral an den Tag legen. „Das hat uns im Ausland einen hervorragenden Ruf eingebracht. Unter anderem heißt es: Die Österreicher sind Weltmeister im Improvisieren. Dieser Ruf bringt genau das österreichische Problem zum Ausdruck – warum muss man die ganze Zeit improvisieren? Wir müssen wieder zu einem geordneten Betrieb kommen, in dem garantiert ist, dass die Bediensteten die Arbeitsmittel in dem Umfang und der Qualität zur Verfügung haben, dass sie ihre Aufgaben bestens erledigen können“, fordert Hirsch.

### Die Gewerkschaft kämpft

Um Forderungen wie diese durchzusetzen, kämpft die Dienstnehmerversammlung Tag für Tag. Die Anliegen werden bis in die höchsten Ebenen getragen, und nach Möglichkeit wird eine vernünftige, nach-

„Jeder Euro für das Österreichische Bundesheer ist ein gut investierter Euro für die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung.“

MAG. WALTER HIRSCH, VORSITZENDER DER GÖD-BUNDESHEERGWERKSCHAFT



vollziehbare, sozial verträgliche Lösung gefunden. Allerdings merkt man auch bei den Bundesheer-Funktionären, dass die Situation immer schwieriger wird: „Die Bediensteten leben mit einer Unsicherheit, die zum Teil über Jahre andauert. Von einer Reform zur anderen zu leben, ist mittlerweile ein Dauerzustand. Uns fehlen ausgeglichene Legislaturperioden, in denen die Hauptausrichtung des Heeres auch einmal über einen längeren Zeitraum gleichbleibt. Die Situation jetzt können wir nur noch bedingt abfedern.“

Doch auch in schwierigen Zeiten bleibt die GÖD-Bundesheergewerkschaft engagiert und erreicht immer wieder Erfolge – wie attraktive Einstiegsbezüge, das Dienstverhältnis ab dem siebenten Monat für alle, die Verbesserungen für frühere Zeitsoldaten und vieles mehr.

Auch für die neue Regierung haben Walter Hirsch und Peter Schrottwieser konkrete Themen, die es umzusetzen gilt: „Wir erwarten eine klare Aussage im Regierungsprogramm zum Budget. Auf einer sehr ambitionierten Zeitschiene muss eine Budgettangente realisiert werden, die sicherstellt, dass die Defizite rasch abgefedert werden. Nur so erreichen wir in Zukunft eine stabile Planung in allen

Bereichen.“ Um solche nachhaltigen Lösungen zu erreichen, müssen entsprechende Beschlüsse über die jeweilige Legislaturperiode hinaus halten. „Verantwortungsvolle Politik denkt über Legislaturperioden hinaus. Die Sicherheit Österreichs braucht langfristige Perspektiven“, fordert Hirsch. ●

## Erfolge und Ausblick

Die GÖD-Bundesheergewerkschaft tritt mit Mut, Engagement und Durchhaltevermögen für die Interessen der Soldatinnen, Soldaten und Bediensteten im Ressort Landesverteidigung ein. Dazu bedient sie sich des riesigen Erfahrungsschatzes der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und ihrer vielen ausgezeichneten Funktionäre. Die langjährige sachliche Überzeugungsarbeit bringt seit vielen Jahren Erfolge. Hier darf an die Pensionsharmonisierung für Zeitsoldaten, die endlich Pensionsgerechtigkeit für unsere Zeitsoldaten brachte, die deutliche Anhebung der Einstiegsgehälter für Unteroffiziere und Chargen des Bundesheeres, die Dienstgradeverordnung, das Dienstverhältnis ab dem 7. Monat für alle Soldaten u. v. m. erinnert werden. Der GÖD-Bundesheergewerkschaft ist kein Dienstgrad zu niedrig, kein Weg zu weit und kein Problem zu klein – die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ist für alle da!

*Baulich ist die Amstettner Ostarrichi-Kaserne durchaus ein Vorzeigebispiel. Dafür mangelt es dem Jägerbataillon 12 der Garnison Amstetten an dringend benötigten Transportfahrzeugen.*



# FAHRZEUGE FEHLEN

**Das Jägerbataillon 12 in der Amstettner Ostarrichi-Kaserne ist nicht mehr verlegungsfähig, wie es im Bundesheerjargon heißt. Fahrzeuge für die Truppe sind Mangelware, die Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Nur dank der großen Leistungsbereitschaft der Belegschaft wird der Verband den Anforderungen noch gerecht.**

VON CARINA WURZ

**D**ie Ostarrichi-Kaserne im niederösterreichischen Alpenvorland ist eine typische Bataillonskaserne, in deren sechs Kreuzbauten samt Kommando- und Wirtschaftsgebäuden ein kompletter Infanterieverband untergebracht ist. 1982 errichtet, ist sie eine der jüngsten Kasernen des österreichischen Bundesheeres und bietet eigentlich ideale Voraussetzungen für die 200 Bediensteten des Kadets und bis zu 250 Rekrutinnen und Rekruten, die bei Vollbelegung hier ausgebildet werden. Doch auch dem Jägerbataillon 12 macht der Sparkurs der vergangenen 15 Jahre zu schaffen.

## **Mangelnde Mobilität als Druckpunkt**

„Wir sind heute nicht mehr aus eigener Kraft verlegungsfähig“, bringt es Offizier-Stellvertreter Markus Gruber, Dienststellenausschussvorsitzender in der Ostarrichi-Kaserne, auf den Punkt. Konkret heißt das: Wird der Jägerverband zum Assistenzeinsatz gerufen, wie zum Beispiel im Jänner 2019 bei der extremen Schneelage am Hochkar, müssen Busse angemietet werden, um überhaupt zum Einsatzort zu gelangen – oder zumindest in dessen Nähe. „Das jahrzehntelange Truppenfahrzeug, der typisch österreichische Pinzgauer, wurde ausgeschieden, und es gibt bis heute keinen adäquaten Ersatz“, kritisiert Mag. Walter Hirsch, Vorsitzender der GÖD-Bundesheerergewerkschaft. Und das ist aus militärischer Sicht bedenklich: „Es ist eine ganz grundlegende Eigenschaft militärischer Verbände, dass sie autark und damit jederzeit handlungsfähig sind“, betont Oberst Peter Schrottwieser, stellvertretender Vorsitzender der GÖD-Bundesheerergewerkschaft. Die in Amstetten

vorhandenen Unimogs werden derzeit behelfsmäßig für den Transport der Einheiten verwendet, fehlen dann aber für den Materialtransport, da aus Sicherheitsgründen nicht Menschen und Gerät zugleich im Laderaum befördert werden dürfen. Im Einsatz ist außerdem noch ein Pinzgauer, Baujahr rund um 1973, der dank der Ersatzteile aus zwei ausgemusterten Fahrzeugen wieder fahrtauglich gemacht wurde. Oberstabswachtmeister Gerold Strigl zieht einen passenden Vergleich: „Würde man andere Einsatzkräfte so ausstatten wie uns und mit den Autos aus den Siebzigern fahren lassen, dann wären sie noch mit dem VW Käfer unterwegs.“

## **Gute Ausstattung für die beste Mannschaft**

Die Einschränkung bei der Mobilität fällt tagtäglich auf: Der Verband ist spezialisiert für den gemeinsamen Einsatz mit Panzern in bebautem Gebiet. Außerdem sind die Jäger zuständig für den Schutz kritischer Infrastruktur sowie für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit, etwa bei großen gewalttätigen Demonstrationen oder Unruhen. Die Soldatinnen und Soldaten des Bataillons sind mit ihren Infanteriewaffen jederzeit, in jedem Gelände, einsetzbar. So weit die Theorie. Doch die Praxis sieht heute vielfach anders aus. Offizier-Stellvertreter Gruber geht es unter anderem darum, auch für den Nachwuchs attraktiv zu bleiben: „Die Realität schaut ganz anders aus als die Möglichkeiten, die an der Akademie an die Jungen vermittelt werden. Aktuell ist unsere Ausrüstung größtenteils doppelt oder dreifach so alt wie die Rekruten“, meint er. Dabei leidet die Ostarrichi-Kaserne noch nicht am gefürchteten Personal-

FOTOS: ANDI BRUCKNER



*Vizeleutnant Wolfgang Buxbaum, Offizier-Stellvertreter Markus Gruber und Oberstabswachtmeister Gerold Strigl benötigen eine adäquate materielle Ausstattung für das Jägerbataillon 12.*

mangel: Heuer wurden 14 junge Wachtmeister zum Jägerbataillon 12 ausgemustert, trotz steigender Zahl an Pensionierungen ist der Personalstand sogar leicht gestiegen. Das sei vor allem auf die exzellente Kameradschaft zurückzuführen. „Die Bediensteten leisten Großartiges, sind gewillt, auch unter schwierigen Rahmenbedingungen das Letzte zu geben. Diese Einsatzbereitschaft hat Vorbildwirkung“, betont Walter Hirsch. Peter Schrottwieser mahnt aber: „Die besten Mitarbeiter können nicht dauerhaft die schlechte materielle Ausstattung ausgleichen, sondern sie brauchen gute Voraussetzungen für ihre Leistungen. Da geht es auch um eine Wertschätzung den Soldaten gegenüber.“

### **Dringend gefordert: Schrittweise Modernisierung**

Dabei ist man beim Bundesheer bescheiden: Viele Ausrüstungsgegenstände seien zwar alt, aber zweckmäßig. Etwa die Sturmgewehre, die seit den 1980er-Jahren im Einsatz sind: „Das Modell ist aus-

entwickelt, es ist gut – da braucht es nicht alle paar Jahre etwas Neues“, so Peter Schrottwieser. Doch gerade dort, wo sich die Anforderungen ändern, müsse man auch die Ausrüstung adaptieren. „Die Herausforderungen am Gefechtsfeld haben sich verändert, Kämpfe finden vermehrt im verbauten Gebiet statt. Da braucht es eine andere Ausrüstung als früher“, weiß er. Eine Notwendigkeit wäre, die Nachtkampftauglichkeit herzustellen oder die Ausrüstung auf die geänderten Einsatzschussweiten nachzurüsten. Denn im derzeitigen Zustand sei man nicht umfassend einsatzbereit. „Unsere Hauptaufgabe ist nach wie vor die militärische Landesverteidigung, dafür müssen wir gerüstet sein. Das Jägerbataillon hier in Amstetten stellt im Einsatz die ‚Man-Power‘ zur Verfügung, sie sind die Träger des Gefechts im urbanen Gebiet und schwierigen Gelände. Dafür braucht es eine Ausrüstung, die am Stand der Technik ist. Der Sparkurs der letzten 15 Jahre muss ein Ende haben, und die Einheiten müssen endlich wieder adäquat ausgestattet werden“, fordert Hirsch. ●



*Oberwachtmeister Rainer Zisser  
und Oberst Peter Schrottwieser  
am Schützenpanzer „Ulan“ in  
der Zehner-Kaserne.*

# VOLLER EINSATZ MIT SCHWEREM GERÄT

**80 Jahre alt sind die Gebäude der Zehner-Kaserne in Ried im Innkreis. Eine Sanierung ist längst fällig, wird aber aus Budgetgründen seit zehn Jahren immer wieder verschoben. Dabei ist das Panzergrenadierbataillon 13 eine zentrale Einheit im österreichischen Heer.**

**S**eit 1937 steht die Zehner-Kaserne in Ried im Innkreis nahezu unverändert da. Duschen, Bäder und die 16-Mann-Zimmer mit Stahlrohrstockbetten stammen aus der Vorkriegszeit, ebenso Büros und Aufenthaltsräume. Die Duschen wurden vor Jahrzehnten erneuert. Fassade und Fenster sind nur ein einziges Mal in all den Jahren saniert worden. Bilder, die man heute eigentlich nur in Schwarz-Weiß in Erinnerung hat, sind für die rund 300 Bediensteten und derzeit 160 Rekruten tägliche Realität. Dass die in die Jahre gekommene Bausubstanz dennoch ein leistungsstarkes und modernes Panzergrenadierbataillon beherbergt, ist vor allem der Verdienst der Soldatinnen und Soldaten selbst.

## **Auch bei Katastrophen im Einsatz**

Das Panzergrenadierbataillon 13 ist einer von drei Verbänden des Bundesheeres, bei denen schweres Gerät zum Einsatz kommt, und gehört zu den mechanisierten Kräften des Bundesheeres. Mit seinen Gefechtsfahrzeugen, den Schützenpanzern „Ulan“, ist es besonders dann gefordert, wenn

Gefechtshandlungen im verbauten oder bewaldeten Gebiet stattfinden – was bei kriegerischen Auseinandersetzungen heute immer öfter der Fall ist. Außerdem sind die Soldatinnen und Soldaten der Zehner-Kaserne bei Katastrophen, als Assistenzkräfte an der Staatsgrenze oder im Ausland im Einsatz. Über 50 Panzer sind in der Garnison in Ried stationiert. Mit Baujahr 2003 ist der „Ulan“ ein modernes und zweckmäßiges Einsatzgerät. „Da im ‚Ulan‘ noch nicht so viel Elektronik verbaut ist wie in moderneren Panzern, wie sie beispielsweise in Deutschland im Einsatz sind, können wir die Feldverwendbarkeit selbst gewährleisten. Das halte ich für einen Vorteil“, meint Oberwachtmeister Rainer Zisser, der den „Ulan“ aus der täglichen Arbeit kennt. Aber auch, wenn der Panzer gut gerüstet für die aktuellen Anforderungen ist: Die Arbeit damit ist für die Soldatinnen und Soldaten kein Spaziergang. „Die Lautstärke innerhalb des Panzers ist extrem, die Besatzung trägt dennoch nur einen einfachen Gehörschutz – sie muss sich ja auch verständigen können. Die üblichen Arbeitnehmerschutzbestimmungen kommen

da nicht zur Geltung. Natürlich gäbe es entsprechende technische Möglichkeiten, in der aktuellen finanziellen Situation des Bundesheeres ist deren Anschaffung aber nicht vorgesehen“, so der stellvertretende Vorsitzende der GÖD-Bundesheer-gewerkschaft, Oberst Peter Schrottwieser.

**Kasernen-Sanierung längst überfällig**

Das auffälligste Sorgenkind der Rieder Kaserne ist aber die Bausubstanz. Von außen merkt man den Gebäuden nur bedingt an, was sich im Inneren abspielt. „Wir verbessern, was möglich ist, aus eigener Kraft. Aber der Zustand der Mannschaftsunterkünfte ist teilweise unzumutbar“, so Vizeleutnant Wolfgang Ehwallner, Dienststellenausschussvorsitzender in der Zehner-Kaserne. Ein Konzept für den Umbau gibt es seit zehn Jahren, immer wieder wurden die Panzergrenadiere aber vertröstet, was den Start der Bauarbeiten betrifft. „Derzeit ist geplant, dass es 2020/21 losgeht und die Sanierung dann etappenweise stattfinden wird“, hofft Ehwallner auf einen Startschuss der Arbeiten in absehbarer Zeit. „Es ist demotivierend für alle, die hier täglich ihr Bestes geben, dass sie seit einem Jahrzehnt auf die dringend notwendige Renovierung warten“, kritisiert Walter Hirsch.

**Attraktive Arbeitsbedingungen schaffen**

Dennoch mangelt es noch nicht am Nachwuchs. Dazu tragen die Panzergrenadiere selbst bei: „Wir betreiben laufend Personalwerbung, etwa bei der



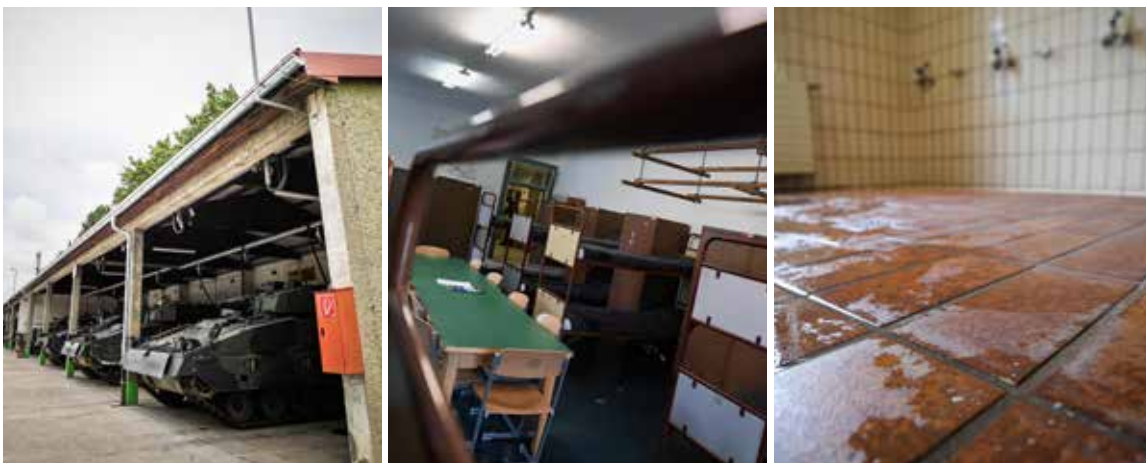
„Der Zustand der Mannschaftsunterkünfte ist teilweise unzumutbar.“

VIZELEUTNANT WOLFGANG EHWALLNER, DIENSTSTELLENAUSSCHUSSVORSITZENDER IN DER ZEHNER-KASERNE

Rieder Herbstmesse. Ein wichtiger Werbeträger ist auch unser jährlicher Garnisonsball“, erzählt Wolfgang Ehwallner. Das kann aber auf lange Sicht die schlechten Rahmenbedingungen nicht wettmachen. Denn im Wettbewerb am Arbeitsmarkt um die besten Mitarbeiter, dem auch das Bundesheer unterworfen ist, spielen attraktive Arbeitsbedingungen eine große Rolle. „Wir brauchen eine adäquate finanzielle Ausstattung, um das System aufrechtzuerhalten und weiterhin spannende, gute Arbeitsplätze zu bieten. Denn die Auswirkungen des Sparkurses der letzten 15 Jahre sind heute an allen Ecken und Enden sichtbar“, so Gewerkschafter Hirsch. Für Ried fordert er, dass die geplante Sanierung 2020 tatsächlich kommt: „Der derzeitige Zustand ist dem Kaderpersonal und den Rekruten nicht länger zumutbar. Auch wenn hier nach wie vor hervorragend gearbeitet wird, brauchen wir Rahmenbedingungen, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden“, macht Hirsch deutlich. ●

FOTOS: ANDI BRUCKNER

*Weit entfernt vom heutigen Standard: die Infrastruktur der Zehner-Kaserne in Ried.*



# SANITÄTSVERSORGUNG

**Lokalausgang im Sanitätszentrum Ost in der Van-Swieten-Kaserne in Wien.  
Die Patienten: vom Rekruten bis zum Bundespräsidenten.**

VON SUSANNE GOOSS

**E**s ist acht Uhr und auf den Fluren vor den Ambulanzzimmern warten schon geduldig die Patienten, einige in Zivilkleidung, die meisten aber in Uniform. Die Stimmung ist freundlich, und man spürt sofort: Hier steht das Wohl der Patientinnen und Patienten im Vordergrund. Das Sanitätszentrum Ost ist in der Van-Swieten-Kaserne beheimatet. Insgesamt beläuft sich die Zahl der vor Ort stationierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf etwa 150, die Außenstellen in Bruckneudorf, Allentsteig, Eisenstadt und Götzdorf eingeschlossen, sind es sogar an die 200 Soldatinnen, Soldaten und Zivilbedienstete. Hierher kommen Soldatinnen und Soldaten, die für Auslandseinsätze einen Gesundheits-Check (Auslandstest) absolvieren müssen (und zwar vor und nach ihrem Einsatz) oder die tatsächlich akute medizinische Betreuung benötigen. Aber auch Mitglieder der BVA können sich hier behandeln lassen, Häftlinge der Justizanstalten und nicht

zuletzt der Bundespräsident. „Bundespräsident Fischer ist zum Beispiel sehr gerne hierhergekommen“, erzählt Oberst Peter Schrottwieser, stellvertretender Vorsitzender der GÖD-Bundesheerergewerkschaft, nicht ohne Stolz und fügt mit einem Augenzwinkern hinzu: „Wir haben ja auch die besten Leute hier.“ Dann wird der engagierte Gewerkschafter aber schnell wieder ernst und sagt: „Der Reduzierungszwang, der dem Bundesheer auferlegt wurde, hat hier ganz besonders starke Auswirkungen. Von einem normalen Spitalsbetrieb kann man eigentlich nicht mehr sprechen.“

## **Fachkäftemangel**

Ambulanzen sollten in der Regel mindestens doppelt besetzt sein, mit je einem Facharzt (Primar) und einem Oberarzt. Das ist allerdings nicht immer der Fall. „Und in Urlaubszeiten wird das natürlich zum Problem“, sagt Philipp Kastner, selbst Sanitätsunteroffizier im San-Zentrum Ost und auf der

FOTOS: ANDI BRÜCKNER



*Notfallsanitäterin  
Korporal Elisabeth  
Leitinger im Einsatz.*



Augenambulanz tätig. Vertretungen zu bekommen, gestalten sich als äußerst schwierig.

„Ärzte haben zum Beispiel einen militärischen Sondervertrag“, erklärt Schrottwieser, „weil die Besoldung im Unterschied zum zivilen Bereich sonst gar nicht mithalten kann.“ Im Zuge der Heeresreform 2010 verlor dann der Standort seinen Status als Heeresspital und wurde schließlich zur Sanitätsanstalt. Durch teils künstlich herbeigeführten Fachpersonalmangel fehle einigen Bereichen heute die Expertise, was dazu geführt habe, dass man Patientinnen und Patienten außer Haus behandeln lassen müsse, was natürlich zusätzliche Kosten verursache. Und es mangle an Ausstattung und Infrastruktur, so Philipp Kastner. „Beginnend bei behindertengerechten Eingängen über die Klimatisierung bis hin zum Patientenbett“, zählt Kastner auf.



*Philipp Kastner,  
Sanitätsunteroffizier  
im San-Zentrum Ost,  
Augenambulanz.*



*Werner Bruscek,  
Krankenpfleger auf  
der Dermatologie.*

### **Fachbereiche**

In einigen Fachbereichen ist man aber nach wie vor ganz an der Spitze dabei, etwa bei der Fliegermedizin, denn, so Schrottwieser: „Diejenigen, die am meisten ‚liefern müssen‘, nämlich die Eurofighter-Piloten, sind ja auch den stärksten physischen Herausforderungen unterworfen. Da geht es darum, Langzeitschäden vorzubeugen.“ Ziel sei natürlich eine lange Nutzungsdauer, denn die Ausbildung ist langwierig und teuer. „Der Pilot sollte ja nicht vom Eurofighter auf den Rollstuhl umsteigen“, so Schrottwieser bewusst provokant. „Die Piloten kommen ja nach ihrer Laufbahn als Eurofighterpilot oft noch weiter zum Einsatz als Piloten in anderen Flugzeugmodellen.“ Gesunderhaltung ist aber nicht nur bei Piloten ein großes Thema, auch vom Grundwehrdiener bis zum Kader besteht hier ein hoher Bedarf. Umso erstaunlicher, wie Schrottwieser berichtet, dass man erst vor knapp drei Jah-

ren die Physiotherapie wegen Mangel an militärischer Notwendigkeit gestrichen hat. Vorbeugung? Fehlanzeige. Wie viele Patientinnen und Patienten vor Ort betreut werden, zeigt sich am Beispiel Dermatologie: Hier werden 500 bis 600 Patientinnen und Patienten im Monat behandelt. „Allein dieses Jahr haben wir schon an die 110 Operationen vor Ort durchgeführt“, erzählt Diplomkrankenschwester Werner Bruscek.

### **Sicherstellung der Sanitätsversorgung**

Für das Funktionieren einer Armee ist die Sanitätsversorgung im Frieden und im Einsatz, im Inland und im Ausland, bei Tag und bei Nacht von essentieller Bedeutung. „Darauf müssen sich unsere Soldatinnen und Soldaten verlassen können, und dafür setzen wir uns ein“, so Schrottwieser.

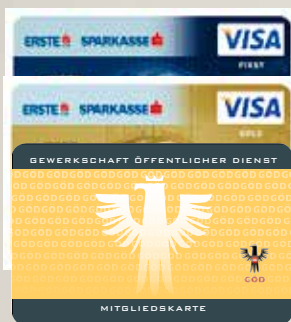
### **Schulungszentrum**

Die Van-Swieten-Kaserne bietet jedoch nicht nur medizinische Behandlung und Betreuung an, sondern beherbergt auch ein großes Schulungszentrum für Fachpersonal. Hier kann man etwa die Ausbildung zum Notfallsanitäter absolvieren (derzeit sind 50 Personen in Ausbildung, immerhin sieben davon weiblich) oder aber eine Fachausbildung zum diplomierten Gesundheits- und Krankenpfleger machen, die drei Jahre dauert und die derjenigen im zivilen Bereich gleichkommt. Dazu gibt es pro Turnus 18 Kursplätze, auch für zivile Personen. Außerdem werden laufend Fort- und Weiterbildungen für Fachpersonal angeboten. Gutes, engagiertes Fachpersonal auszubilden und auch zu halten, erfordere allerdings finanzielle Planungssicherheit. Das gilt für Ärztinnen und Ärzte genauso wie für Sanitäterinnen und Sanitäter, wie etwa Korporal Elisabeth Leitinger, die ihre Ausbildung zur Notfallsanitäterin soeben abgeschlossen hat. Denn wenn auf lange Sicht die Perspektive fehlt, kann das Bundesheer mit zivilen Arbeitgebern nicht mehr konkurrieren, und das Know-how geht verloren.

### **Vorausschau**

„Es gibt keine so günstige Armee in Europa wie unsere“, so Schrottwieser. „Kein EU-Land gibt so wenig von seinem BIP für die Sicherheit aus wie wir. Unsere Forderung ist ganz klar eine dauerhafte, massive Aufstockung des Budgets, damit über einen längeren Zeitraum Planungssicherheit ermöglicht wird.“ ●

Hier finden Sie einen Ausschnitt der GÖD-Card-Angebote. Das Komplettangebot ist auf [www.goedvorteil.at](http://www.goedvorteil.at) abrufbar.



### EXKLUSIVE EINKAUFSVORTEILE FÜR GÖD-MITGLIEDER

Besuchen Sie uns auf [www.goedvorteil.at](http://www.goedvorteil.at) und finden Sie tausende Einkaufsvorteile exklusiv für GÖD-Mitglieder! Jede Woche neue Unternehmen mit tollen Angeboten! Versäumen Sie keine Angebote und melden Sie sich kostenlos für den Newsletter an! Ihr GÖD-Vorteilsteam



bis  
**€ 106,-**  
sparen

#### HOTEL-RESTAURANT GRIMMINGBLICK

In Bad Mitterndorf – eingebettet im steirischen Salzkammergut – bieten wir Ihnen ein umfangreiches Erholungs- und Wellnessangebot.

Bad Mitterndorf 279, 8983 Bad Mitterndorf  
Internet: [www.hotelgrimmingblick.at](http://www.hotelgrimmingblick.at)  
Tel.: +43/3623/24 91  
E-Mail: [info@hotelgrimmingblick.at](mailto:info@hotelgrimmingblick.at)

# AV

#### AV-AUTOHÄUSER

Wir bieten Vorzüge eines Familienbetriebes in Kombination mit den Vorteilen einer starken Gruppe. **Vorteil:** Bis zu 34 Prozent Rabatt Lagerabverkauf solange der Vorrat reicht.

Wien, Niederösterreich und Burgenland  
Internet: [www.av-noe.at](http://www.av-noe.at)  
Tel.: +43/2742/36 75 01  
E-Mail: [office@av-noe.at](mailto:office@av-noe.at)

bis zu  
**34%**  
Rabatt

# VORTEILE

[www.goedvorteil.at](http://www.goedvorteil.at)



**€ 80,-**  
Wertgutschein  
+ Preisvorteil

#### URLAUBSBOX – ZAUBERHAFTES ÖSTERREICH

Auszeit vom Alltag: Ein Kurzurlaub in Österreich ist immer ein Volltreffer. Geprüfte Hotels; 3 Jahre gültig, Geld-zurück-Garantie

Preisvorteil: € 203,91 statt € 239,90 (inkl. € 80,- Wertgutschein für Hotelleistungen)



**10%**  
Rabatt

#### HOTEL MÜHLPOINTHOF\*\*\*S

Das Familien- und Vitalhotel in Österreich, mit gemütlichen Zimmern, Ferienwohnungen & Appartements ist der ideale Urlaubsort für Menschen, die Kraft, Erholung und Erlebnis in der Natur suchen.

Lofer 38, 5090 Lofer  
Tel.: +43/6588/82 42-0  
E-Mail: [hotel@f-m.at](mailto:hotel@f-m.at)

# Der Weg zum Frieden

In diesen Septembertagen 2019 gedenken wir zweier Ereignisse mit ernstem und traurigem Hintergrund. Vor 100 Jahren, genau am 10. September 1919, wurde der Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye unterzeichnet. Mit diesem – und anderen Staatsverträgen – wurden die Grenzen Österreichs neu gezogen und der 1. Weltkrieg formal beendet; Österreich und seinen Verbündeten wurde die Alleinschuld am Krieg zugewiesen. Dieser Krieg forderte unter den Soldaten etwa zehn Millionen Todesopfer und 20 Millionen Verwundete, viele davon mit schwersten körperlichen und psychischen Langzeitfolgen. Die Anzahl der zivilen Opfer wird auf weitere sieben Millionen geschätzt. Große Landstriche wurden verwüstet, Hunger und Seuchen forderten als Folge des 1. Weltkrieges weitere, unzählige Opfer.

Mit dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 hat vor 80 Jahren der 2. Weltkrieg begonnen. Bis zur Kapitulation Japans am 2. September 1945 sind durch direkte Kriegseinwirkung etwa 60 bis 65 Millionen Menschen getötet worden, unter Miteinbeziehung der durch Verbrechen Ermordeten – insbesondere des Massenmordes an 6 Millionen Juden – sowie an Kriegsfolgen Verstorbenen reichen die Schätzungen auf bis zu 80 Millionen Opfer. Als unmittelbare Folge des 2. Weltkrieges wurden zur Sicherung des Weltfriedens, der Einhaltung des Völkerrechts und des Schutzes der Menschenrechte die Vereinten Nationen (UNO) gegründet, deren Grundsätze im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta festgelegt wurden. Die so genannte „Charta der Vereinten Nationen“ wurde schließlich von 51 Gründungsnationen im Juni 1945 unterzeichnet (Österreich ist nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages 1955 als Mitglied aufgenommen worden).



*Otto Aiglsperger:  
Der Autor ist Leiter des  
Bereichs Organisation  
und Wirtschaft in  
der GÖD.*

*Rückmeldungen zu  
diesem Artikel bitte an:  
otto.aiglsperger@  
goed.at*

Im Artikel 1 der Charta setzt sich die UNO insbesondere die folgenden Ziele: „freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen; sowie eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen“.

Mit dem Abzug der Besatzungstruppen und dem Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 hat sich Österreich folgendermaßen zur Neutralität verpflichtet: „Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.“ Das österreichische Bundesheer, deren Soldatinnen und Soldaten sowie die Kolleginnen und Kollegen der Heeresverwaltung, leisten seitdem im Rahmen der militärischen Landesverteidigung einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Äußeren Sicherheit. Dauerhafter Friede kann nur durch Dialog auf internationaler Ebene einerseits und die Verteidigungsbereitschaft andererseits sichergestellt werden. Es bleibt zu hoffen, dass die durch die Staatengemeinschaft geschaffenen Instrumente sicherstellen, dass es nie zu einem militärischen Einsatz des Bundesheeres kommen muss! ●



Nationalratswahl 2019

# POSITIONEN ZUM ÖFFENTLICHEN DIENST



Gewerkschaft Öffentlicher Dienst  
Vorsitzender  
Dr. Norbert Schnedl  
Teinfaltstraße 7  
1010 Wien

Wien, 01. August 2019

Sehr geehrte Frau Spitzenkandidatin! Sehr geehrter Herr Spitzenkandidat!

Einer der Schwerpunkte im kommenden Mitgliedermagazin GÖD-aktuell widmet sich der bevorstehenden Nationalratswahl 2019. Darin stellen wir den Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten wahlwerbender Parteien, welche laut Umfragen mit aller Wahrscheinlichkeit nach im Nationalrat vertreten sein werden, Interview-Fragen zum Öffentlichen Dienst. Diese Ausgabe wird noch vor der Nationalratswahl 2019 in einer Auflage von mehr als 250.000 Stück erscheinen.

Wir ersuchen Sie daher um möglichst knappe Beantwortung der Fragen (max. 400 Zeichen inkl. Leerzeichen pro Frage) bis 19. August 2019 sowie um Übermittlung eines Fotos zur Veröffentlichung.

#### Interview-Fragen:

1. Der Philosoph Konrad Paul Liessmann hat in einem viel beachteten Referat festgehalten: „Der Öffentliche Dienst ist die Wirklichkeit des Staates.“ Welche Bedeutung hat der Öffentliche Dienst für Sie? Welche Erfahrungen haben Sie mit dem Öffentlichen Dienst gemacht?
2. In den nächsten 10 Jahren werden rund 50 Prozent aller öffentlich Bediensteten in den Ruhestand übertreten. Diese hohe Quote wurde durch die restriktive Personalpolitik der vergangenen Jahrzehnte verursacht. Um die Leistungsqualität und einen sicheren Rechtsstaat aufrechterhalten zu können, fordert die GÖD eine Aufnahmeoffensive. Wie soll eine ausreichende Personalausstattung und entsprechender Wissenstransfer angesichts der steigenden Aufgaben und der bevorstehenden Pensionierungswelle sichergestellt werden?
3. Damit der Öffentliche Dienst als attraktiver Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleibt, fordert die GÖD einheitliches, modernes Dienst- und Besoldungsrecht mit öffentlich-rechtlicher Grundausrichtung. Wie stehen Sie dazu?
4. Die Sozialpartnerschaft hat Österreich Frieden, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise wurde in Österreich insbesondere mit Hilfe der Sozialpartner gut überwunden. Wie sehen Sie die künftige Rolle der Sozialpartner?

Mit freundlichen Grüßen

**GÖD-aktuell präsentiert die Aussagen der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Nationalratswahl zu ihren Zukunftsplänen für den Öffentlichen Dienst.**

**A**m 29. September 2019 finden die Nationalratswahlen statt. Welcher Spitzenkandidat, welche Spitzenkandidatin setzt sich für Sie, als Mitglied der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, am besten ein? GÖD-Vorsitzender Norbert Schnedl verfasste einen persönlichen Brief an die Spitzenkandidatinnen aller Parteien, die mit höchster Wahrscheinlichkeit im kommenden Nationalrat vertreten sein werden, um sie nach ihrer Einstellung zum Öffentlichen Dienst und ihren Plänen für dessen Bedienstete zu befragen. Folgend finden Sie die Antworten. Machen Sie sich ein Bild und nützen Sie die Chance, mit Ihrer Wahl etwas zu bewirken!



**1** **Der Philosoph Konrad Paul Liessmann hat in einem viel beachteten Referat festgehalten: „Der Öffentliche Dienst ist die Wirklichkeit des Staates.“ Welche Bedeutung hat der Öffentliche Dienst für Sie? Welche Erfahrungen haben Sie mit dem Öffentlichen Dienst gemacht?**

**Sebastian Kurz, ÖVP:** Der Öffentliche Dienst ist Träger der Verwaltung und stellt die Funktionsfähigkeit unseres Staates sicher. Ohne einen funktionierenden Beamten- und Verwaltungsstab hätten unser Staat und unser politisches System keinen Bestand. Insofern bewerte ich den Öffentlichen Dienst als maßgebliche Säule unserer Demokratie und des Sozialstaats.

**Pamela Rendi-Wagner, SPÖ:** Ich kann dem Philosophen Liessmann in diesem Punkt nur voll und ganz zustimmen. Unsere öffentlich Bediensteten leisten hervorragende Arbeit. Sie sind sozusagen das Herz dieser Republik. Ich habe selbst viele Jahre als Sektionschefin im Gesundheitsministerium gearbeitet und so die Möglichkeit gehabt, den Öffentlichen Dienst von innen kennenzulernen. Dabei habe ich die Beamtinnen und Beamten stets als professionelle, engagierte und dem Gemeinwohl verpflichtete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erlebt.

**Norbert Hofer, FPÖ:** Der Öffentliche Dienst garantiert Stabilität und Sicherheit im Staatsgefüge und verdient daher nicht nur unsere Wertschätzung, sondern auch moderne, bedarfsgerechte und faire Arbeitsbedingungen. Die FPÖ hat sich immer zum Öffentlichen Dienst bekannt und im Zuge der Regierungsbeteiligung insgesamt vier erfolgreiche Dienstrechts-Novellen unter freiheitlicher Federführung durch das BMOEDS vorgelegt.

**Beate Meinl-Reisinger, NEOS:** Österreich kann stolz auf seinen Öffentlichen Dienst sein. So leisten tausende Polizistinnen und Polizisten täglich hervorragende Arbeit. Die Politik hat die Verantwortung, bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Aktuell wäre es zum Beispiel wichtig, für die Justizwachebeamtinnen und -beamten, die am Rande ihrer Kräfte stehen, bessere Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

**Werner Kogler, Die Grünen:** Mit dem Öffentlichen Dienst hat jeder Mensch solche und solche Erfahrungen gemacht. In der Regel sind meine gut. Unabhängig davon gibt es ohne Öffentlichen

Dienst keine funktionierende Gesellschaft. Im Öffentlichen Dienst passiert all das, was unsere Gesellschaft zu einer funktionierenden, modernen, demokratischen und partizipativen Gesellschaft macht.

**2** **In den nächsten zehn Jahren werden rund 50 Prozent aller öffentlich Bediensteten in den Ruhestand übertreten.**

**Diese hohe Quote wurde durch die restriktive Personalpolitik der vergangenen Jahrzehnte verursacht. Um die Leistungsqualität und einen sicheren Rechtsstaat aufrechterhalten zu können, fordert die GÖD eine Aufnahmeoffensive. Wie soll eine ausreichende Personalausstattung angesichts der steigenden Aufgaben und der bevorstehenden Pensionierungswelle sichergestellt werden?**

**Kurz:** Die bevorstehende Pensionierungswelle im Öffentlichen Dienst stellt uns vor Herausforderungen, denen wir entsprechend begegnen müssen. Zentral ist dabei, dass wir neue Planstellen für Jüngere schaffen, solange die älteren Beamten noch im Dienst sind. So stellen wir sicher, dass ein entsprechender Wissenstransfer gegeben ist. Speziell in den Bereichen Bildung, Soziales und Sicherheit ist es wichtig, Handlungsfähigkeit und Bedarfsorientierung durch ausreichend personelle Nachbesetzung sicherzustellen.

**Rendi-Wagner:** Ich stehe für eine ausreichende Finanzierung des Öffentlichen Dienstes. Steigende Anforderungen bei gleichbleibendem bzw. sogar reduziertem Personalstand stellen den Öffentlichen Dienst vor große Herausforderungen. Man denke hier beispielsweise an die Justiz, die de facto finanziell ausgehungert ist. Hier haben wir den SPÖ-Aktionsplan Justiz präsentiert, der unter anderem eine rasche Aufstockung des Personals vorsieht. Auch in den Bereichen Polizei und Bildung wird die bevorstehende Pensionierungswelle dieses Problem noch verschärfen. Man wird in den nächsten Jahren also genau hinschauen müssen, wo es im Öffentlichen Dienst mehr Personal oder auch bessere berufliche Rahmenbedingungen braucht.

**Hofer:** Die FPÖ hat sich als Regierungspartei stark dafür eingesetzt, jene Planstellen zu schaffen und sicherzustellen, die einen personellen Super-GAU im Öffentlichen Dienst verhindern, der durch die massive Pensionierungswelle droht.

FOTOS: ÖVP/D. BUTZMANN, SPÖ/KURT PRINZ, FPÖ, NEOS, DIE GRÜNEN/WOLFGANG ZAC



**SEBASTIAN KURZ, ÖVP:**

„Speziell in den Bereichen Bildung, Soziales und Sicherheit ist es wichtig, Handlungsfähigkeit und Bedarfsorientierung durch ausreichend personelle Nachbesetzung sicherzustellen.“



**PAMELA RENDI-WAGNER, SPÖ:**

„Ich stehe für eine ausreichende Finanzierung des Öffentlichen Dienstes. Unsere öffentlich Bediensteten leisten hervorragende Arbeit. Sie sind sozusagen das Herz dieser Republik.“



**Meinl-Reisinger:** Es gilt hier mit Augenmaß zu handeln. Es gibt bestimmte Bereiche, wo es eine Aufnahmeoffensive braucht, wie bei den angesprochenen Justizwachebeamtinnen und -beamten. Allerdings gibt es mit Sicherheit auch Bereiche, wo Effizienzsteigerung möglich und auch notwendig ist. In jedem Fall gilt es, den entsprechenden Wissenstransfer nicht zu gefährden, sondern sicherzustellen.

**Kogler:** Aus meiner ersten Antwort ergibt sich, dass alles geschehen muss, um das Leistungsniveau des Öffentlichen Dienstes zu erhalten und sogar auszubauen. Das wird ohne entsprechend gut ausgebildetes Personal nicht funktionieren. Wir brauchen tatsächlich eine Aufnahmeoffensive sowie einen Wissenstransfer, um dieses Niveau halten und ausbauen zu können.

**3**

**Damit der Öffentliche Dienst als attraktiver Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleibt, fordert die GÖD ein einheitliches, modernes Dienst- und Besoldungsrecht mit öffentlich-rechtlicher Grundausrichtung. Wie stehen Sie dazu?**

**Kurz:** Bereits das letzte Regierungsprogramm hat die Schaffung einer einheitlichen dienstrechtlichen Basis auf Bundesebene für vertragliche wie auch öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung von berufs-

spezifischen Notwendigkeiten im Rahmen des Beamten-Dienstrechtsgesetzes vorgesehen. Gerade im Hinblick auf die oben erwähnten Herausforderungen ist dieses Ziel ein wesentlicher Schritt, um auch weiterhin die volle Funktionsfähigkeit und Attraktivität des Öffentlichen Dienstes sicherzustellen und den Herausforderungen gerecht zu werden. Daher ist neben dieser einheitlichen dienstrechtlichen Basis auch eine Modernisierung des Dienstrechts vorzunehmen, die insbesondere auf eine höhere Durchlässigkeit und gesteigerte Attraktivierung des Öffentlichen Dienstes abzielt.

**Rendi-Wagner:** Ich stimme zu. Öffentlich Bedienstete haben eine besondere Verantwortung, weil sie im Dienste unseres Landes stehen. Dafür brauchen wir die besten Leute. Moderne und faire Arbeitsbedingungen sind dabei genauso entscheidend wie eine gerechte Entlohnung.

**Hofer:** Durch die Einführung der Wiedereingliederungsteilzeit, verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Beamtinnen, Flexibilisierung der Telearbeitszeit, Weiterentwicklung der Fachkarrieren im Öffentlichen Dienst und eine Beschleunigung und Optimierung des Aufnahmeverfahrens im Öffentlichen Dienst hat die FPÖ bewiesen, dass ihr ein attraktiver Öffentlicher Dienst wichtig ist.

**Meinl-Reisinger:** Es spricht grundsätzlich nichts dagegen, die bestmöglichen Arbeitsbedingungen zu schaffen, allerdings müssten das private

**NORBERT  
HOFER, FPÖ:**

„Der Öffentliche Dienst garantiert Stabilität und Sicherheit im Staatsgefüge und (...) verdient moderne, bedarfsgerechte und faire Arbeitsbedingungen.“



**BEATE MEINL-  
REISINGER,  
NEOS:**

„Nun müssen wir die Sozialpartnerschaft ins 21. Jahrhundert führen. Starke Kammern haben keine Zwangsmitgliedschaft notwendig – sie müssen durch ihre Leistung überzeugen!“



**WERNER  
KOGLER,  
DIE GRÜNEN:**

„Ohne den Öffentlichen Dienst gibt es keine funktionierende Gesellschaft. Es muss alles geschehen, um das Leistungsniveau des Öffentlichen Dienstes zu erhalten und sogar auszubauen.“

Arbeitsrecht auf der einen Seite, das öffentliche Dienstrecht auf der anderen möglichst aufeinander abgestimmt werden. Rechte und Pflichten müssen also so gestaltet sein, dass sie für alle gelten.

**Kogler:** Tatsächlich benötigen wir klare und einheitliche Regelungen im Öffentlichen Dienst. Das umfasst Arbeitsbedingungen, Entlohnung sowie Weiterbildung und Qualifikation.

**4**

**Die Sozialpartnerschaft hat Österreich Frieden, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise wurde in Österreich insbesondere mit Hilfe der Sozialpartner gut überwunden. Wie sehen Sie die künftige Rolle der Sozialpartner?**

**Kurz:** Die Sozialpartnerschaft hat historisch eine große Bedeutung und ist auch heute ein zentraler Partner der Politik. Sie hat in Österreich ihre Verdienste und Zuständigkeiten. Als Interessenvertretung leistet sie einen zentralen gesellschaftlichen Beitrag. Gleichzeitig müssen sich die Sozialpartner an wandelnde strukturelle Rahmenbedingungen anpassen.

**Rendi-Wagner:** Die Sozialpartnerschaft ist ein österreichisches Erfolgsmodell. Dass in Österreich der Wirtschaftsaufschwung in den Nachkriegsjahren und darüber hinaus wesentlich auch den arbeitenden Menschen zugutegekomen

men ist, ist zu einem großen Teil der Politik des Interessenausgleichs zwischen Arbeitnehmer- und ArbeitgebervertreterInnen zu verdanken. Ich bekenne mich zur Sozialpartnerschaft und finde, dass sie in Zukunft wieder gestärkt werden muss.

**Hofer:** Die Sozialpartner haben in der Nachkriegsgeschichte großen Anteil an der Entwicklung unseres Landes und sind daher auch zukünftig wichtige Partner für jede Bundesregierung.

**Meinl-Reisinger:** Die Sozialpartnerschaft hat enorme Verdienste an der Entwicklung der Zweiten Republik, damit ist sie unverzichtbar. Nun müssen wir die Sozialpartnerschaft ins 21. Jahrhundert führen. Starke Kammern haben keine Zwangsmitgliedschaft notwendig – sie müssen durch ihre Leistung überzeugen! Wir wollen bedarfsorientierte Interessenvertretungen, die ihren Service gegen freiwillige Bezahlung anbieten.

**Kogler:** Sozialpartnerschaft ist wichtig zur Lösung von Konflikten in der Arbeitswelt. Leider gibt es Kräfte in Wirtschaft, ÖVP und FPÖ, die das zerstören und den sozialen Frieden gefährden wollen. Um die Sozialpartnerschaft mit Leben zu füllen, muss sie sich aktuellen Problemen stellen: Prekarisierung, Niedriglohnsektoren, Teilzeitfalle, Digitalisierung, die menschengemachte Klimakrise und ihre Auswirkungen auf Arbeit und soziale Standards.

# VON DER ELEGANZ DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESVERFASSUNG

**Die Verfassung, die auf einer Novelle aus dem Jahr 1929 basiert, hält bis heute ein praktikables Instrumentarium zur Krisenbewältigung bereit.**

VON DR. HELMUT WOHNOUT

**A**m Höhepunkt der Regierungskrise im Frühjahr dieses Jahres hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen die seitdem viel zitierte Formulierung von der Eleganz der Verfassung geprägt: „Wir haben unsere elegante österreichische Bundesverfassung, die uns durch diese Tage leitet, und auf diese Bundesverfassung ist Verlass.“ Tatsächlich haben sich die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung als der Regierungskrise gewachsen erwiesen, vor allem, weil sie behutsam gehandhabt wurden. Sie basieren auf der Verfassungsnovelle des Jahres 1929. Diese stellte einen Kompromiss dar zwischen der parlamentarischen Ausrichtung der „Kelsen-Verfassung“ 1920 und der präsidentiellen Ausrichtung der Weimarer Verfassung in Deutschland. Unter gänzlich anderen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen hält die Verfassung auch heute ein praktikables Instrumentarium zur Krisenbewältigung bereit. Wichtigstes Charakteristikum dabei ist die Machtbalance zwischen Bundespräsident, Bundesregierung und Nationalrat. Der Verfassungsrechtler Manfred Welan hat dazu einmal pointiert formuliert: „Das Volk teilt die entscheidenden Karten des politischen Spiels

bei der Parlamentswahl aus. Die Karten werden den Parteien in die Hand gegeben. Der Bundespräsident bestätigt ihre Verteilung. Er kann sie aber auch interpretieren. Dann wird er zum Schiedsrichter.“

Der Bundespräsident ist bei der Ernennung des Bundeskanzlers formal an keinerlei Vorschlag gebunden. Genauso kann er ihn – zumindest nach dem Buchstaben der Verfassung – jederzeit entlassen. Dies eröffnet ihm Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten. Doch muss der Bundespräsident berücksichtigen, dass der Bundeskanzler auch vom Vertrauen des Nationalrats getragen sein muss. Er bedarf des doppelten Vertrauens: jenes des Staatsoberhauptes und jenes der Volksvertretung. Das heißt, der Kanzler muss de facto über eine Mehrheit verfügen, die einen erfolgreichen Misstrauensantrag zu verhindern in der Lage ist. Denn für den Fall, dass der Nationalrat dem Bundeskanzler, der Bundesregierung oder einzelnen Ministern das Vertrauen entzieht, ist der Bundespräsident verpflichtet, sie ihres Amtes zu entheben. Genau dies ist bekanntlich nach dem Ausscheiden der FPÖ-Minister und der Angelobung der aus ÖVP-Ministern und Experten bestehenden Minderheitsregierung Ende Mai 2019 der Fall gewesen.

Die Bundesregierung ist dem Nationalrat gegenüber politisch verantwortlich. Als oberste Organe der Vollziehung agieren die Regierungsmitglieder aber unabhängig. Ihr Gestaltungsspielraum wird jedoch vom Legalitätsprinzip begrenzt, also vom Agieren auf Grundlage der geltenden Gesetze.

Der Bundeskanzler führt den Vorsitz im Ministerrat. Er hat das Vorschlagsrecht bei der Ernennung und Entlassung der übrigen Mitglieder der Bun-

*Dr. Helmut Wohnout: Der Autor ist Dozent für Österreichische Geschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz, Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt/ Bundespressedienst und Stellvertretender Vorsitzender des Dienststellenausschusses im Bundeskanzleramt.*







Das Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920 ist das zentrale Verfassungsdokument der Republik Österreich. Doch basiert die Machtbalance zwischen Bundespräsident, Bundesregierung und Nationalrat auf der B-VG-Novelle des Jahres 1929.

desregierung. Dem Bundeskanzleramt obliegen wichtige Koordinationsaufgaben. Daraus – und möglicherweise aus seiner parteipolitischen Funktion – ergibt sich die Autorität des Kanzlers, auch wenn er über keine explizite Richtlinienkompetenz gegenüber seinen Ministern verfügt, wie dies etwa in Deutschland der Fall ist.

Dass nach einer Nationalratswahl automatisch eine Neubildung der Bundesregierung stattfindet, ist auf Grund der Verfassung nicht geboten. Sie erklärt sich aus der politischen Notwendigkeit, die Regierung entsprechend der neuen Kräfteverhältnisse im Nationalrat zu bilden. Im Normalfall wird der Obmann der mandatsstärksten Partei nach einer Nationalratswahl mit der Regierungsbildung beauftragt. Für den mittlerweile üblich gewordenen Fall, dass keine Partei über eine absolute Mandatsmehrheit verfügt, bedeutet dies, eine mehrheitsfähige Koalition zustande zu bringen. Gelingt das, wird der designierte Bundeskanzler formell angelobt und auf seinen Vorschlag die restlichen Mitglieder der Bundesregierung. Bei diesem Prozedere handelt es sich, wie gesagt, um eine politische Usance. Verpflichtend ist es nicht. Der Bundespräsident ist aber gut beraten, bei der Regierungsbildung stets die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse mitzudenken. Tut er dies nicht, kann es ihm passieren, dass er das Gesetz des Handelns verliert. Dies war etwa bei der Regierungsbildung im Februar 2000 der Fall, als der damalige Bundespräsident entgegen den Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat die Bildung einer Koalition aus ÖVP und FPÖ verhindern wollte. Er musste sich fügen, nicht ohne einen

FAXSIMILE: ÖSTERREICHISCHES STAATSRCHIV/ADR BKA STAATSKANZLEI GZ 102-98/1920

Gesichtsverlust erlitten zu haben. Wozu er befugt ist und was er im Jahr 2000 auch getan hat, war, dass er einzelne ihm vom designierten Bundeskanzler vorgeschlagene Minister nicht angelobt und auf einen anderen Vorschlag beharrt hat.

Durch die direkte Wahl durch das Volk mit absoluter Mehrheit verfügt der Bundespräsident über eine hohe demokratische Legitimation. Auf Grund dieser nimmt er seine wichtigste politische Aufgabe wahr, für die Funktionsfähigkeit des Regierungssystems zu sorgen, vor allem dann, wenn zwischen Regierung und Parlament kein wechselseitiges Vertrauen mehr besteht. Sein Recht der Berufung und Abberufung der Bundesregierung geben ihm dazu die notwendigen Mittel. Zusätzlich räumt ihm die Verfassung die Möglichkeit ein, auf Vorschlag des Bundeskanzlers den Nationalrat aufzulösen und vorgezogene Neuwahlen herbeizuführen. Zu diesem Schritt kam es in der Zweiten Republik bis dato allerdings noch nicht. Relativ häufig hingegen werden die Gesetzgebungsperioden vorzeitig durch die Selbstauflösung des Nationalrats beendet. Dies beschließt er – zumeist als Konsequenz des Scheiterns einer Regierungszusammenarbeit in einer Koalition – mit Mehrheit in Form eines Gesetzes, wodurch die Abhaltung von Nationalratswahlen erforderlich wird.

Die Mehrheit im Parlament findet in der Zusammensetzung der Regierung ihren Ausdruck. Sie bestimmt federführend die Richtung der Politik. Erst für den Fall, dass der Regierungsmotor zu stottern beginnt, liegt es am Bundespräsidenten, einzugreifen. In einem solchen Fall kann, wie es heuer geschehen ist, das Gesetz des Handelns bei ihm liegen. Im Vollzug der normalen Regierungsgeschäfte beurkundet er das verfassungsmäßige Zustandekommen von Gesetzen. Der Bundespräsident wird – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nur auf Vorschlag der Bundesregierung oder des von ihr ermächtigten Ministers tätig. In der Bindung des Bundespräsidenten an Vorschläge von Regierungsseite ist auch dieser in das parlamentarische System miteingebunden, ist doch die Bundesregierung vom Wohlwollen der Mehrheit des Nationalrats abhängig. In dieser Verantwortlichkeit, die die Regierung gegenüber der Volksvertretung hat, liegt der Schlüssel des parlamentarischen Systems. Insofern ist Österreich keine Präsidialrepublik, auch wenn der Bundespräsident mit einigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten ausgestattet ist. ●

# DIE WICHTIGKEIT DER PERSONALVERTRETUNG

**Die Personalvertretung muss in vielen Angelegenheiten, welche der Dienstgeber umsetzen möchte, vor deren Umsetzung eingebunden werden. Sie kann auch von sich aus Anträge stellen, um im Verhandlungsweg Verbesserungen zu erzielen.**

**A**m 27. und 28. November 2019 finden wieder die Bundes-Personalvertretungswahlen statt. Bei diesen bundesweiten Wahlen werden für eine fünfjährige Funktionsperiode Personalvertreterinnen und Personalvertreter gewählt. Manche Bedienstete mögen sich vielleicht die Frage stellen, welche Kompetenzen die Personalvertretung überhaupt hat und ob diese Einrichtung sinnvoll und zeitgemäß ist. Gleich vorweg die Antwort: Ja, die Personalvertretung ist überaus wichtig, sie ist zeitgemäß und sie hat umfassende Kompetenzen! Nach der Systematik des Bundes-Personalvertretungsgesetzes (PVG), an welchem sich den Grundprinzipien nach auch die Landes-Personalvertretungsgesetze orientieren, hat die Personalvertretung die Aufgabe, die beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Interessen der Bediensteten zu wahren und zu fördern.<sup>1</sup> Diese als Generalklausel zu bezeichnende Bestimmung hat den Vorteil, dass durch die Verwendung unbestimmter Gesetzesbegriffe der Verhandlungsspielraum für die Personalvertretung sehr umfassend ist. Mit

FOTOS: ANDI BRUCKNER, SCYTHERS/ISTOCK

anderen Worten: Jede dienstliche Angelegenheit, die unter einen der genannten unbestimmten Gesetzesbegriffe fällt und einen oder mehrere Bedienstete betrifft, fällt in den Zuständigkeitsbereich der Personalvertretung.

Die Mitwirkungsrechte der Personalvertretung lassen sich in zwei große Gruppen teilen: einerseits jene Mitwirkungsrechte, die sich daraus ergeben, dass der Dienstgeber eine bestimmte Maßnahme umsetzen möchte und dafür die vorherige Einbindung der Personalvertretung erforderlich ist (Maßnahmen im Sinne des § 9 Abs. 1–3 PVG). Andererseits kann die Personalvertretung von sich aus Initiativen starten und Anträge beim Dienstgeber stellen und somit das Verfahren von sich aus einleiten (Maßnahmen im Sinne des § 9 Abs. 4a PVG), da es dem Personalvertretungsorgan obliegt, beim Dienststellenleiter Anregungen zu geben und Vorschläge mit dem Ziel zu erstatten, zum allgemeinen Nutzen und im Interesse der Bediensteten den Dienstbetrieb zu fördern. Bei jenen Angelegenheiten, wo mit der Personalvertretung Verhandlungen zu führen sind (§ 9 Abs. 1 PVG) oder das Einvernehmen herzustellen ist (§ 9 Abs. 2 PVG), muss der Dienstgeber spätestens zwei Wochen vor der geplanten Durchführung die Personalvertretung nachweislich darüber informieren. Das zuständige Personalvertretungsorgan (Dienststellen-, Fach- oder Zentralausschuss) muss dann innerhalb von zwei Wochen eine entsprechende Entscheidung treffen, welche von Zustimmung bis zur Ablehnung der geplanten Maßnahme reichen kann. Wie die Ablehnungen, Einwendungen und Gegenvorschläge der Personalvertretung vom Dienstgeber behandelt werden sollen, ist § 10 PVG



*Mag. Martin Holzinger:  
Der Autor ist Leitender  
Zentralsekretär der GÖD.*



zu entnehmen (Achtung: Das Verschweigen gilt als Zustimmung zur geplanten Maßnahme). Diese Norm fordert zwar nicht ausdrücklich, dass über Einwendungen und Gegenvorschläge der Personalvertretung mit dieser beraten oder verhandelt werden müsse, man kann allerdings in der in § 10 Abs. 5 Satz 1 PVG erwähnten „Verständigung“ eine Verhandlungs- bzw. Beratungsverpflichtung erblicken, zumal das in § 9 Abs. 1 Satz 2 PVG verlangte „eingehende Verhandeln“ zumindest in dieser Phase noch verwirklicht werden müsste.<sup>2</sup> Es wäre zweckmäßig, wenn in dem Fall, wo das Personalvertretungsorgan mit dem Dienstgeberrepräsentanten die Angelegenheit verhandeln möchte, diese Verhandlung unter Berufung auf § 10 Abs. 4 PVG auch ausdrücklich verlangt. Bei mündlichen Verhandlungen ist die Möglichkeit, eine konsensuale Lösung herbeizuführen, möglicherweise leichter erreichbar als beim Austausch der Argumente in Schriftform. Nur in dem Fall, wo der Dienstgeber eine Maßnahme zu setzen hat, die keinen Aufschub duldet bzw. sofort getroffen werden muss (drohende Gefahr, Katastrophenfall ...), braucht eine vorherige Verständigung unter der Einhaltung der Frist von zumindest zwei Wochen nicht zu erfolgen.

Wenn der Dienstgeber der Ablehnung oder den Gegenvorschlägen bzw. Einwendungen der Personalvertretung nicht Folge leisten möchte, so kann er von sich aus in Verhandlungen mit der Personalvertretung treten. Hingegen muss er entsprechende Verhandlungen binnen zweier Wochen durchführen, wenn die Personalvertretung dies ausdrücklich verlangt. Wenn es dem Dienstgeber nicht gelingt, Konsens herbeizuführen, so hat er das Anliegen der Personalvertretung unter Angabe der Gründe formal abzulehnen und ihr dies ohne unnötigen Aufschub schriftlich bekanntzugeben. In einer konkreten Entscheidung der Personalvertretungsaufsichtsbehörde (PVAB) wurde die Verletzung des PVG durch den Dienststellenleiter festgestellt, da er

einen Antrag des Dienststellenausschusses ohne Angabe von Gründen abgelehnt hat.<sup>3</sup>

In der Folge hat die Personalvertretung einen Beschluss zu fassen, ob die Angelegenheit weiter verfolgt werden soll. Bejahendenfalls kann sie verlangen, dass die Angelegenheit der übergeordneten Dienststelle schriftlich zur Kenntnis gebracht wird. Dadurch wird ein weiteres Organ der Personalvertretung (je nach Behördenstruktur Fachausschuss oder Zentralausschuss) zuständig, welches mit dem Repräsentanten der übergeordneten Dienststelle in Verhandlungen tritt.

Aus den Formulierungen des PVG kann geschlossen werden, dass „beide Seiten“ im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben alles daranzusetzen haben, um in der jeweils strittigen Personalvertretungsangelegenheit Einvernehmen zu erzielen. Diesem Gesetz folgend ist dessen oberstes Ziel die Einigung zwischen Dienstgeberseite und Personalvertretung.

Das PVG verknüpft nur in wenigen Fällen einen Verstoß gegen das Gesetz mit einer unmittelbaren „Rechtsunwirksamkeit“ der geplanten Maßnahme (sehr wohl beispielsweise beim Verstoß gegen das PVG im Zuge der Kündigung, Entlassung sowie einvernehmlichen Auflösung des Dienstverhältnisses eines Bediensteten oder aber wenn unmittelbar gegen einen Mandatar der Personalvertretung disziplinar vorgegangen wird). Dennoch werden sich Repräsentanten des Dienstgebers in der Regel davor hüten, bewusst gegen das PVG zu verstoßen, da diese Gesetzesverletzung über Antrag der Personalvertretung von der PVAB schriftlich festgestellt werden kann, was seinerseits dienstrechtliche Sanktionen gegen das Organ des Dienstgebers nicht ausschließt. ●

1 § 2 PVG. Vgl. zum Beispiel § 2 Abs. 2 NÖ Landes-PVG, § 2 Abs. 1 OÖ Landes-PVG, § 14 Abs. 1 Stmk. LPVG.

2 Schragel, PVG, § 10 RZ 20.

3 PVAB vom 13. 2. 2017, B 2-PVAB/17.

# WEGE AUS DER KRISE

**Die Justizwache leidet seit Jahren an chronischem Personalmangel und dauernder Überbelastung – die negativen Auswirkungen werden untragbar. Die GÖD-Justizwachegewerkschaft zeigt sich alarmiert und hat klare Forderungen an die kommende Regierung.**

VON MAG. LAURA ARI

Die Arbeitsbedingungen der österreichischen Justizwachebediensteten sind nicht mehr tragbar. Dauerhafte Überbelastung durch chronischen Personalmangel führt zu Krankenständen und Burnout. Zur andauernden personellen Unterbesetzung kämpfen die Justizwachebeamten mit einer negativen Entwicklung hinsichtlich steigender Gewaltbereitschaft der Insassen und Überbelegung der Justizanstalten. Das führt zu psychischen und arbeitszeitlichen Belastungen, die sich massiv auf Gesundheit, Familienleben und Freizeit auswirken. Daher fordert die GÖD-Justizwachegewerkschaft von der kommenden Regierung die Einführung der jahrelang geforderten Schwerarbeiterregelung auch für die Justizwache. Der dazugehörige Entschließungsantrag wurde im Juli 2019 einstimmig im Nationalrat beschlossen.

„Die Schwerarbeiterregelung soll auch für die Justizwache als Exekutivkörper, wie sie bereits für Polizei oder Bundesheer gilt, gelten“, fordert Albin Simma, Vorsitzender der GÖD-Justizwachegewerkschaft.

Simma hat weitere klare Forderungen an die Verantwortlichen der Politik: endlich, wie vereinbart, die fehlenden 200 Planstellen zu besetzen. Generell muss die vom ehemaligen Justizminister Moser begonnene Aufnahmeoffensive beibehalten werden – auf Dauer, denn „was man jahrzehntelang verabsäumt hat, kann man in so kurzer Zeit nicht aufholen“, sagt Simma. Rund sechs bis acht Jahre werde es dauern, den Personalstand wieder auf ein normales Maß zu bringen. Denn selbst bei

jährlich 200 Berufsanfängern österreichweit, die davor eine einjährige Ausbildung zu absolvieren haben, müsse bedacht werden, dass im Durchschnitt rund 150 Justizwachebeamte pro Jahr in Pension gehen. Daher fordert die GÖD-Justizwachegewerkschaft 450 zusätzliche Planstellen von der kommenden Regierung. Festzuhalten ist, dass die Justizwachebeamten mehr Stunden leisten, als in den Berechnungen vom Arbeitgeber,

dem Staat, aufscheint, denn: „Wenn unsere Kolleginnen und Kollegen 24-Stunden-Dienste leisten, zählen die sogenannten Journalstunden von 22 bis 6 Uhr – das sind acht Stunden – nicht als Dienstzeit“, zeigt sich Simma verärgert. „Durch den dauerhaften Personalmangel können die Errungenschaften der Gewerkschaft, wie Väterkarenz, Supervision, Besoldung oder Plusstunden für Nachtdienste von den Justizwachebeamten

nicht in Anspruch genommen werden. Weil das Personal und die Zeit fehlt“, beklagt Simma. Das sei für die Gewerkschaftsvertreter wie die Mitarbeiter frustrierend. Hinsichtlich der Arbeitszeitbelastungen setzt sich Wilhelm Terler, Vorsitzender der Justizwachegewerkschaft Niederösterreich, folgendermaßen ein: „Da im Exekutivbereich kein Ersatzpersonal möglich ist – man kann nur ausgebildete Justizwachebeamte einsetzen –, fordern wir einen Karenzpool, um das Personal zu entlasten.“ „Die Unzufriedenheit und die Missstände können nicht behoben werden, wenn nicht endlich die Wurzel des Übels, der Personalmangel, beseitigt wird“, bringen Simma und Terler die Gesamtproblematik auf den Punkt. ●



Wilhelm Terler,  
Vorsitzender der  
GÖD-Justizwachegewerkschaft NÖ



Albin Simma,  
Vorsitzender der  
GÖD-Justizwachegewerkschaft

# DAUMEN RUNTER?

**Die sozialen Medien ohne heißgeliebte „Gefällt mir“-Angaben bzw. „Likes“? Das können sich nur wenige vorstellen. Bereits in sieben Ländern ist dies jedoch Realität. Zu groß sei die Belastung vieler Nutzerinnen und Nutzer, sich ständig mit anderen messen zu müssen. Instagram sowie Facebook testen daher neue Funktionen und verstecken den „Like“-Button.**

Nicht die Anzahl der „Gefällt mir“-Angaben soll künftig ausschlaggebend sein; vielmehr konzentrieren sich Online-dienste darauf, was im Internet geteilt und veröffentlicht wird. Alleine im ersten Quartal 2019 wurden mehr als 160.000 Inhalte in Deutschland von Facebook als Hassrede eingestuft und gelöscht.<sup>1</sup> Nun wollen Internet-Plattformen strenger gegen Anfeindungen und soziale Ausgrenzung vorgehen. Der Start einer neuen Inhaltsoffensive.



Anja-Therese Salomon, MSc (WU): Die Autorin ist verantwortlich für Multimedia, Presse und PR im Bereich des GÖD-Vorsitzenden.

## Authentizität statt Perfektion. Qualitätsvolle Inhalte statt scheinheiliger Fassade

Die Fotoplattform Instagram<sup>2</sup> testet sämtliche Auswirkungen des Ausblendens des „Like“-Buttons in sieben ausgewählten Ländern (Italien, Irland, Kanada, Australien, Brasilien, Japan und Neuseeland). Nur noch die Urheber selbst können nachverfolgen, wie viele „Likes“ bzw. „Gefällt mir“-Angaben sie erhalten. Dadurch soll sich der

Beliebtheits-Wettbewerb im Netz entschärfen. Denn viele tun wirklich alles, um möglichst viele der begehrten „Gefällt mir“-Angaben in den sozialen Medien zu ergattern und ein spektakuläres Selfie<sup>3</sup> zu schießen. Hinter aufwendigen Inszenierungen liegt meist der Anspruch, populärer, cooler und beliebter zu wirken.

Doch sind der Verzicht bzw. die Privatisierung der „Likes“ wirklich eine Erlösung dieses wettbewerbsähnlichen Drucks? Experten warnen davor, dass virtuelle Fans und sogenannte „Influencer“<sup>4</sup>, die durch Werbung in den sozialen Medien ihr Geld verdienen, auch bei verborgenen „Gefällt mir“-Angaben neue Wege finden, um nach mehr Anerkennung zu buhlen. Der Effekt auf soziale Ausgrenzung sei damit nur allzu gering. Viele Nutzerinnen und Nutzer geben dieser neuen Maßnahme daher erst mal einen Daumen runter. ●

FOTOS: GÖD INSTAGRAM

1 Facebook (2019): NetzDG-Transparenzbericht, Juli 2019, [www.facebook.com](http://www.facebook.com).

2 Instagram ist ein werbefinanzierter Onlinedienst zum Verbreiten von Fotos und Videos im Internet, der zu Facebook gehört.

3 Selbst- sowie Gruppenporträts, welche oft auf Armeslänge aus der eigenen Hand aufgenommen werden.

4 Influencer sind aufgrund ihrer hohen Popularität in den sozialen Medien Träger für Werbung, um Einfluss auf das Kaufverhalten sowie Meinungen von Nutzerinnen und Nutzern zu nehmen.



Instagram

Die GÖD auf Instagram!



Folgt uns unter @goed\_official und verpasst keine unserer Fotostories!  
[www.instagram.com/goed\\_official/](http://www.instagram.com/goed_official/)



# DIE ZEIT WIRD KOMMEN

**Wir befinden uns mitten im Pflegenotstand, trotz eindeutiger demografischer Entwicklung ließen die Verantwortlichen zu viel Zeit verstreichen. Die Gewerkschaft fordert dringend Verbesserungen der Pflegeberufe – sie kommen auch den zu pflegenden Menschen zu Gute.**

VON MAG. LAURA ARI

**D**er Faktor Zeit ist der gemeinsame Nenner sämtlicher Bereiche des komplexen Themas „Pflege“. Die Zeit, die dem Pflegepersonal für die Betreuung der Patienten fehlt, die Zeit, die diese wiederum vermissen und sich daher einsam und schnell abgefertigt fühlen. Die Zeit, die die Verantwortlichen der Politik in den vergangenen Jahren verstreichen ließen und weshalb wir uns jetzt inmitten im Pflegenotstand befinden, obwohl die demografische Entwicklung dies klar voraussehen ließ. Zu wenig oder kaum Zeit für die zu betreuenden und pflegenden Menschen zu haben, ist jener Grund, warum Pflegebedienstete ihren Beruf niederlegen – oder Auszubildende gar nicht erst in die Praxis einsteigen. Denn die fehlende Zeit sorgt für Druck, Unzufriedenheit, Überstunden. Als wäre der Beruf an sich nicht schon belastend genug. „Man bekommt viel von den Menschen zurück“, hört man oft in Gesprächen mit Pflegepersonal.<sup>1</sup> Aber wenn der zwischenmenschliche Kontakt immer mehr verkürzt wird, durch zu

wenig Personal, durch Langzeitkrankenstände, durch Einsparungen der Betreiber von Pflegeeinrichtungen oder -organisationen, weil sie selbst zu wenig Budget und Personal zur Verfügung haben, können das selbst motivierteste MitarbeiterInnen nicht mehr ausbalancieren. Darunter leiden die zu pflegenden Menschen. Auch wenn sich diese manchmal sprachlich nicht mehr ausdrücken können oder an Demenz leiden, spürt ein alter genauso wie ein junger Mensch Zuwendung. Waschen, essen, auf die Toilette begleiten, medizinisch versorgen – alles das wird nach Minuten durchgetaktet und protokolliert. Aber wie viel Zeit benötigen ein paar nette Worte? Den Polster aufschütteln und über den Kopf streichen? Wir haben eines der technisch bestausgerüsteten medizinischen Systeme weltweit. Aber Zeit für zwischenmenschlichen Kontakt, ohne den jeder Mensch früher oder später stirbt, dafür haben wir kein Geld. Fünf Minuten mehr ist nicht drinnen im Budget.

FOTOS: ANDI BRUCKNER

Oder doch? Die Valorisierung des Pflegegeldes war gut und wichtig. Doch sie ist nur ein kleiner Teil eines großen Puzzles. „Die gesamte Pflegefinanzierung müsste neu geregelt werden“, sagt Peter Maschat, Zentralbetriebsrat der Landeskrankenhäuser, -pensionisten- und -pflegeheime Niederösterreich. Reinhard Waldhör, Vorsitzender der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft, führt weiter aus: „Zuerst muss das Ziel klar definiert werden. Denn das, was die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft derzeit vorgeben – die beste Versorgung zu möglichst geringen Kosten –, ist in der Realität nicht machbar. Vergleicht man die Finanzierung der Pflege der Länder Nordeuropas – wie beispielsweise Holland, wo 4,5 Prozent des BIP für Langzeitpflege ausgegeben werden – mit Österreich, wo es nur 1,6 Prozent sind, wird klar, dass Qualität auch etwas kostet.“ Die Finanzierung der Pflege ist ein gewichtiger Teil der Pflege der Zukunft. Ein weiterer ist das fehlende Personal. Eine immer größer werdende Anzahl an zu betreuenden und zu pflegenden Menschen steht einer zu geringen Anzahl an Pflegepersonal gegenüber. Dringend wird mehr Personal gesucht, doch dieses muss auch fachlich ausgebildet sein. „Pflegen kann jeder, ist eine gefährliche Fehleinschätzung. Stellen Sie sich vor, Sie müssten einen alten, schwachen Menschen mit Gehhilfe, wahrscheinlich auch noch an Demenz leidend, duschen. Vielleicht ist die Haut auch an bestimmten Stellen wundgelegen. Oder auf bestimmte Diäten, wie bei Diabetikern oder Krebspatienten, achten. Das kann nur eine geschulte Fachkraft“, sagt Peter Maschat. Pflege- und Betreuungszentren dürfen nur mehr BewohnerInnen ab Pflegestufe 4 aufnehmen. Werden diese Menschen nicht professionell gepflegt, kann es zu einem verschlechterten Gesundheitszustand bis hin zu Krankenhausaufenthalten kommen. Die Gewerkschaft fordert daher den gesetzeskonformen Einsatz von Personal. Leider sieht die Situation in der Praxis oftmals anders

aus. Wieder ist fehlende Zeit jener Faktor, der dazu führt, dass zum Beispiel Heimhilfen Tätigkeiten von Pflege- oder PflegefachassistentInnen durchführen. Heimhilfen zählen aufgrund ihrer Ausbildung nicht zu Pflegepersonal. Für die Menschen, die sie betreuen, sind sie genauso wichtig. Denn ein Pflegeheimbewohner unterscheidet nicht, ob die Person, die zu ihm ins Zimmer kommt, zwei Jahre, ein Jahr oder ein paar Monate ausgebildet wurde. „Derzeit wird die niedrigste Lohngruppe am meisten eingesetzt“, so Waldhör. Eine Einführung der Pflegelehre würde diese Situation nur verschärfen. Die Gewerkschafter sehen die Gefahr, dass dann die noch günstigeren Lehrlinge für Pflegetätigkeiten eingesetzt werden. Abgesehen davon, dass die emotionale Belastung sogar erfahrene und ausgebildete MitarbeiterInnen zu schaffen macht, für einen jungen Menschen im Alter von 15 Jahren nicht zu verantworten sei. In Österreich bestehen bereits drei Pflegeberufe, deren Ausbildungen einen über fünfzigprozentigen Anteil an Praktika, ähnlich der Lehre, aufweisen. „Man könnte 15-Jährige mit der Ausbildung beginnen lassen, indem man bestehende Lehrpläne zum Beispiel durch Lernlabors und Fachenglisch ausbaut – im Alter von 17 Jahren, aber nicht davor, könnten die Schüler beginnen, mit Patienten zu arbeiten“, schlägt Maschat vor. Derzeit führen die Praxisanleiter die Praktika der Auszubildenden zusätzlich zu ihrer vorgesehenen Arbeitszeit durch. Was ihnen dafür fehlt? Zeit.

Mehr Zeit für die zu pflegenden Menschen, mehr Zeit für das Pflegepersonal. Zeit ist Geld, das manifestiert sich auch in der Pflegeproblematik – zum Leidwesen der Betroffenen. Es ist höchste Zeit, dass die Forderungen der Gewerkschaft umgesetzt werden. Denn alt werden wir alle. ●

1 Nicht nur in Gesprächen und Interviews, sondern auch in Briefen von KollegInnen erfährt die Redaktion der GÖD-aktuell von den belastenden Zuständen, aber auch von der Dankbarkeit der Menschen.

„Die beste Versorgung zu möglichst geringen Kosten ist in der Realität nicht machbar.“

REINHARD WALDHÖR,  
VORSITZENDER  
GÖD-GESUNDHEITSGEWERKSCHAFT



„Pflegen kann jeder, ist eine gefährliche Fehleinschätzung. Das kann nur eine geschulte Fachkraft.“

PETER MASCHAT, GÖD-VORSTANDS-  
MITGLIED, ÖGB-VORSTANDSMITGLIED,  
ZENTRALBETRIEBSRAT



BVA

Eine Erfolgsstory –  
Impulstage der BVA

## Besser gesund

**Mit der Aktion „Impuls für Ihre Gesundheit“ bietet die BVA seit 1995 einen Gesundheits-Check als Vorsorge am Arbeitsplatz an. Über 100.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes nahmen bereits die Einladung zu diesem kostenlosen Angebot an.**

**F**ür die BVA steht das Ziel im Vordergrund, „unseren Kunden die Bedeutung rechtzeitiger Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung bewusst zu machen“, unterstreicht Generaldirektor Dr. Gerhard Vogel die Wichtigkeit der Impulstage. Der Gesundheits-Check ist eine Erhebung des Gesundheitszustandes über leicht messbare Parameter und kann damit Anregungen zum persönlichen Gesundheitsverhalten bieten.

### Information

Die diesbezüglichen Kontaktadressen finden Sie auf unserer Homepage [www.bva.at/impuls](http://www.bva.at/impuls). Haben Sie Fragen zum Bereich Gesundheitsförderung an Ihrer Dienststelle, nutzen Sie den Link [www.bva.at/gesundheitsfoerderung](http://www.bva.at/gesundheitsfoerderung) oder schreiben Sie ein Mail an: [gesundheitsfoerderung@bva.at](mailto:gesundheitsfoerderung@bva.at).



**Für Ihre Gesundheit  
Versicherungsanstalt  
öffentlich Bediensteter**

**BVA-Servicenummer:  
05 04 05  
Besuchen Sie uns  
auch im Internet:  
[www.bva.at](http://www.bva.at)**

*Gesundheit ist das wichtigste Gut.  
Die BVA bietet kostenlose  
Gesundheitschecks.*

### Was genau erwartet mich?

Am Informationsstand erfolgt Ihre anonyme Anmeldung. Routiniert werden dann die Untersuchungen durch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BVA durchgeführt: Blutdruck, Body-Mass-Index sowie Gewicht werden gemessen. Einige wenige Tropfen Blut aus der Fingerkuppe genügen zur Ermittlung von Cholesterin-, Blutzucker- und GGT-Werten. Am Ende der Untersuchung besteht die Möglichkeit eines anonymen ärztlichen Gesprächs, in dem auf eventuelle Risikofaktoren aufmerksam gemacht und in manchen Fällen zur weiteren Behandlung an den Hausarzt verwiesen wird. Anschließend kehren Sie wieder zum Informationsstand zurück. Hier stehen Expertinnen und Experten der BVA für allgemeine Auskünfte sowie für leistungsrechtliche Fragen zur Verfügung. Weiterführende Informationsmaterialien wie Ernährungsratgeber und andere zielgruppenorientierte Folder liegen für Sie bereit. Auch die Möglichkeit der Teilnahme an einem kleinen Gewinnspiel besteht; als Preise gibt es Praktisches und Nützliches aus der BVA. Für eine kleine gesunde Stärkung ist ebenfalls gesorgt. Die anonym einlangenden Ergebnisse des Impuls-Tages wertet unser Fachpersonal zielgruppenorientiert auf die jeweilige Dienststelle aus.

### Wie kann ich an einem Impulstag teilnehmen?

Ihre Dienststelle oder Ihre Personalvertretung koordiniert die Termine gemeinsam mit der regionalen Vertretung der BVA im jeweiligen Bundesland.

**Die Aktion Impuls** ist für die BVA nicht nur ein kostenloses Serviceangebot für Dienststellen des Öffentlichen Dienstes und ihre Bedienstete, sondern soll auch eine wichtige erste Sensibilisierungsmaßnahme für Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz sein. Damit wird ein wichtiger Grundstein für eine Initiierung von nachhaltigen Projekten gelegt. ●



# Interessenvertretung, eine Männerdomäne?

**Nur eine Frau findet sich an der Spitze der sieben Fachgewerkschaften. Die Frauenquote ist immer noch notwendig.**

**B**ei einer internationalen Tagung im Frühjahr 2019 in Ljubljana erwähnte eine junge, engagierte Slowenin in ihrem Referat, dass die Gewerkschaften nach wie vor „Altherren-Domänen“ sind. Sehr mutige Worte, die selten so klar ausgesprochen werden, daher sehr stark wahrgenommen wurden und einen großen Anteil an Wahrheitsgehalt haben.

Schaut man sich die Präsidien der sieben Fachgewerkschaften an, so erkennt man sehr schnell, dass die Rollen der Vorsitzenden fast durchwegs männlich besetzt sind; genauer gesagt findet sich nur eine Frau an der Spitze einer Gewerkschaft (GPA DJP). Natürlich finden sich in zweiter, dritter und weiteren Reihen Frauen, aber allem Gerede von Gleichstellung von Frau und Mann zum Trotz gelangen Frauen nur in seltensten Fällen in höchste Führungsfunktionen der Gewerkschaften. Zu Beginn war ich absolut gegen die Einführung einer Quote – wer will schon eine „Quotenfrau“ sein? Umso trauriger ist es, dass es selbst nach vielen, vielen Jahren immer noch notwendig ist, Frauenquoten zu fordern, weil es ohne leider nicht funktioniert.

Dieses Phänomen der männlichen Vorsitzenden schlägt sich bis in die darunterliegenden Gremien wie beispielsweise Bundesvertretungen, Landesvorstände, Personalvertretungen, Betriebsratsgremien,



*Sandra Strohmaier,  
MBA, MSc:  
GÖD-Bundesfrauen-  
ausschussmitglied,  
Zentralausschuss-Vor-  
sitzende beim BMBWF,  
Allgemeine Verwaltung*

*Feedback  
per E-Mail an:  
sandra.strohmaier@  
goed.at*

gewerkschaftliche Betriebsausschüsse etc. nach unten durch. Wir im Zentralausschuss im BMBWF, Bereich Wissenschaft und Forschung (Sandra Strohmaier), als auch in unserer GÖD-Bundesvertretung 16 (Gaby Waidringer) sind ein gutes Beispiel dafür, wie erfolgreich Frauen an der Spitze eines Gremiums sein können.

Wir Frauen sind stets sehr verlässliche und fleißige Playerinnen – man braucht uns. Männer brauchen unser Wissen, unsere soziale Kompetenz, unsere Kommunikationsstärke, unsere Hartnäckigkeit, unsere Flexibilität und vieles mehr. Für uns sind Leistung, Engagement und Einsatz ein Selbstverständnis. Dennoch ist der Weg an die Spitze ein dorniger, den wir uns hart erarbeiten müssen. Ich selbst bin ein gutes Beispiel dafür: seit 1991 in der Personalvertretung, mit der Ausgliederung der Universitäten 2004 zur stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden gewählt und seit nunmehr zehn Jahren eine der wenigen weiblichen Vorsitzenden eines Zentralausschusses (ZA). Jedoch ist der Weg in verantwortliche Gremien mit dem Erreichen des ZA-Vorsitzes noch nicht zu Ende; den Weg dorthin und auch danach säumen zahlreiche Hürden und Herausforderungen und manchmal auch Neid. Ich selbst hatte und habe das Glück, eine ehrliche, geduldige, wissende und motivierende Mentorin zu haben, die mich bis zum heutigen Tag fördert und fordert. Sehr gerne stelle ich mich im November 2019 erneut der Wahl zur Vorsitzenden des Zentralausschusses, dies unter anderem auch, um anderen Frauen Mut zu machen, diese Herausforderung anzunehmen und Ja zu sagen, wenn sie gefragt werden. ●



*Anna und Wolfgang Pühringer erholen sich mit ihren Kindern Leander, Gabriel und Valerie erstmals in Velden:  
„Wir fanden schnell Anschluss – und gewinnen viel durch den Erfahrungsschatz der anderen Familien.“*

# WENN MAN KINDER GLÜCKLICH MACHT

**Vor über dreißig Jahren war Hermann Schmid mit seinem Sohn selbst Teilnehmer an der GÖD-Ferienaktion für Familien mit Kindern, die an Behinderungen oder chronischen Krankheiten leiden. Diesen Sommer wurde er für sein 30-jähriges Engagement als ehrenamtlicher Koordinator der Ferienaktionen, das weit über die Urlaubswochen hinausreicht, geehrt.**

VON MAG. LAURA ARI



Familie Pötz ist sogar länger als Hermann Schmid bei der GÖD-Ferienaktion dabei. „Mit den anderen zusammensein, über alles reden können, das gefällt ihm genauso wie uns“, sagt Josef Pötz über seinen Sohn Thomas.

**H**ermann Schmid, der Koordinator der GÖD-Ferienaktion für Familien mit Kindern, die an chronischen Krankheiten oder Behinderungen leiden, wird von den Emotionen, die die Dankesreden anlässlich seiner dreißigjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit auslösen, überwältigt. Auch das Publikum ist sichtlich gerührt. Darunter auch Vorsitzender Norbert Schnedl und zahlreiche Mitglieder des Präsidiums und des Vorstands der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, die am 10. Juli 2019 zur Ehrenfeier nach Velden am Wörthersee, an den Ort der Ferienaktion, angereist sind. Der GÖD-Vorsitzende würdigt

„Hier können sich alle entspannen und wohlfühlen.“

JOSEF PÖTZ

ihn: „Lieber Hermann, ich danke dir im Namen der gesamten Gewerkschaft Öffentlicher Dienst für dein soziales Engagement, dein Herzblut, all deine Kraft und Energie, die du in den vergangenen dreißig Jahren in diese GÖD-Aktion investiert hast, um den vielen Familien und ihren Kindern Gutes zu tun. Diese Initiative wird weiterbestehen – auf Dauer, denn wir sind eine starke Gewerkschaft mit

über 250.000 Mitgliedern.“ Um Hermann Schmid's unermüdlichen Einsatz zu ehren, überreicht ihm Norbert Schnedl persönlich eine Urkunde. Die Jugendherberge Cap Wörth, in der die GÖD-Ferienaktion stattfind-

## GÖD-FERIENAKTION



*Johann und Theresia Ganotz sind mit ihrer 35-jährigen Tochter Martina und ihren EnkelIn Hannah und Eva, den Töchtern ihres Sohnes Markus, in Cap Wörth. „Das Gemeinschaftsgefühl, das diese Aktion aufrechterhält, ist gerade für diese Kinder besonders wichtig“, sagt Johann Ganotz, dessen Familie zu den Stammgästen zählt.*

det, liegt direkt am Wörthersee. Die Gäste können das Seeufer in wenigen Metern zu Fuß, aber auch mit dem Rollstuhl, direkt von der Unterkunft erreichen. Durch Initiative und Unterstützung der GÖD wurde die Anlage in den vergangenen Jahren sukzessive barrierefrei gemacht. Dazu zählt eine Einstiegsmöglichkeit am Steg für Menschen, die in ihrer Bewegungsmöglichkeit eingeschränkt sind. Weiters wurden die Sanitäranlagen umgebaut, damit sie für wirklich alle nutzbar sind. Für Michael Raunig, Präsident des Kärntner Jugendherbergsverbandes, war Hermann Schmid

„Man tauscht sich aus, da man ähnliche Aufgaben zu bewältigen hat.“

WOLFGANG PÜHRINGER

der Grundstein, warum beschlossen wurde, dass in Cap Wörth etwas für Menschen mit Behinderung getan wurde – damit auch sie ohne Hindernisse zum See gelangen können. Der Auslöser war, als Hermann nach der ersten Ferienaktion hier mit Raunig das Gelände abgegangen ist und fragte: „Bitte zeig mir, wie jemand mit körperlicher Beeinträchtigung hier baden gehen kann!“ Daraufhin

wurde einiges geändert und eine am Wörthersee einzigartige Barrierefreiheit aufgebaut. Raunig: „Ich bin sehr stolz, dass Hermann uns als Herberge auswählte und wir gemeinsam etwas Besonderes



*Irina Kubadinow freut sich, dass sie mit ihrem Neffen Mathias Bazant an der GÖD-Ferienaktion teilnehmen kann: „Es gibt viele Familien, die ähnliche Probleme haben, und leider kaum Angebote für sie.“*

bewirken können.“ Markus Larndorfer, GÖD-Vorstandsmitglied und Bereichsleiter Junge GÖD und Sport, bedankte sich im Namen der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst bei Hermann Schmid, bei der Jugendsekretärin Verena Strobl für die organisatorische Unterstützung – und bei den Sponsoren der GÖD-Ferienaktion. Die GÖD und die ÖBV finanzierten einen Kleinkinderspielplatz, der an diesem Tag feierlich eröffnet wurde. Zu den Gästen zählten nicht nur Vorsitzender der GÖD, Norbert Schnedl, sowie Präsidiums- und Vorstandsmitglieder, sondern auch Werner Summer, Vorstandsdirektor der Österreichischen Beamtenversicherung (ÖBV). Der neue Kleinkinderspielplatz ist von Terrasse

und Badewiese für die Eltern gut sichtbar – und stellt somit einen weiteren Erholungswert dar.

### **Familien mit Geschichte**

Bereits 1945, als die heutige Anlage Cap Wörth noch im Eigentum des ÖGB war, fanden hier die ersten Ferienwochen für Familien mit Kindern statt. Nach dem Krieg lag der Schwerpunkt auf der Ernährung – die Kinder sollten seelisch und körperlich wieder zu Kräften kommen. In den 1980er- und 1990er-Jahren lag der Fokus auf Sport und Training. Ab den 2000er-Jahren hat der ÖGB das gesamte Areal dem Herbergsverband verpachtet – mit dem Anliegen, die Aktionen nach dessen sozialen Grundsätzen und Werten weiterzuführen. Seit 2015 findet die GÖD-Ferienaktion in Cap Wörth, in Velden am Wörthersee, statt. Allein in diesen vier Jahren nahmen rund 400 Familien dieses einzigartige Angebot in Anspruch. Eine Urlaubsmöglichkeit dieser Art – direkt am See, barrierefrei und zu diesem preislich sehr günstigen Angebot – sei sonst kaum zu finden, meint eine der Teilnehmerinnen, Irina Kubadinow, die mit ihrem Neffen Mathias Bazant heuer zum zweiten Mal an der GÖD-Aktion in Velden teilnimmt. Irina Kubadinow, Leiterin der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des Naturhistorischen Museums und Betriebsrätin, erzählt: „Ich habe in der GÖD-Mitgliederzeitung über die GÖD-Ferienaktion gelesen – mich beworben und sehr gefreut, dass wir aufgenommen wurden. Die Ferienaktion ist ja sehr gefragt. Es gibt viele Familien, die ähnliche Probleme haben, und leider kaum Angebote für sie. Das Besondere an dieser Aktion ist, dass man mit betroffenen Familien zusammenkommt und sich austauschen kann. Man muss keine Bedenken haben, dass man auffällt, weil hier viele andere Menschen mit besonderen Bedürfnissen sind. Hier sind sie integriert und jeder schaut auf den anderen. Man kennt sich, viele Familien oftmals schon jahrelang. Man kann seine Lebensgeschichten erzählen und Probleme teilen. Der See und die Anlage sind traumhaft, all das tut gut, um sich vom Alltag zu erholen.“

Zu jenen Familien, die schon seit Jahren an der GÖD-Ferienaktion teilnehmen, zählt die Familie Pötz. Sie sind sogar schon länger dabei als der Koordinator Hermann Schmid. Die GÖD-Ferienaktion für Familien mit Kindern mit Behinderung fand damals noch in Blindenmarkt in Niederösterreich statt. Erfahren haben auch sie davon in der

## GÖD-FERIENAKTION



Vorsitzender Norbert Schnedl und zahlreiche Mitglieder des Präsidiums und des Vorstands der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Gastgeber, Organisatoren sowie Sponsor ÖBV bei der Eröffnung des Kleinkinderspielplatzes in Cap Wörth, Velden.

GÖD-Mitgliederzeitschrift. Schön sei es gewesen, „wir waren wie eine große Familie“. Thomas Pötz, der mittlerweile 32-jährige Sohn von Renate und Josef Pötz, liebt das Schwimmen im See. „Mit den anderen zusammen sein, über alles reden können, das gefällt ihm genauso wie uns“, erzählt Josef „Peppi“ Pötz, der vor seiner Pensionierung bei der Polizei tätig war. „Das Besondere ist die Betreuung von Hermann. Er kann aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen Familien mit Kindern mit Behinderungen hilfreiche Tipps geben. Hermann macht es mit so viel Liebe und Engagement. Wir können die GÖD-Ferienaktion zu hundert Prozent weiterempfehlen!“, erzählen Renate und Josef Pötz.

Familie Ganotz zählt ebenfalls zu den Stammgästen. Johann und Theresia Ganotz sind mit ihrer 35-jährigen Tochter Martina und ihren Enkelin Hannah und Eva, den Töchtern ihres Sohnes Markus, in Cap Wörth. Auch sie waren bereits Gäste in Blindenmarkt, später in Weiden, dann in Velden. Vor rund 24 Jahren haben sie durch die GÖD-Mitgliederzeitung von der Ferienaktion in Blindenmarkt erfahren. „Martina freut sich das ganze Jahr auf den Urlaub mit Hermann. Das Gemeinschaftsgefühl, das diese Aktion aufrechterhält, ist gerade für diese Kinder besonders wichtig. Die Anlage, der See, die Verpflegung, alles wunderbar. Hermann bemüht sich sehr um die Familien, nicht nur während der

Ferienwochen hier“, sagt Johann Ganotz. Der heutige Polizeijurist hat seit 1975 vom Wachmann bis zum Hofrat beinahe alle Dienstgrade durchlaufen. Auch Tochter Martina gefällt das Schwimmen. Den Ausflug mit dem Schiff über den Wörthersee, von Velden nach Maria Wörth, fand sie und ihre Familie wunderschön.

Die Freundschaften der Familien untereinander dauern bereits über Jahre oder Jahrzehnte an – das stärkt das Gefühl, eine große Familie zu sein. Was Familie Ganotz am meisten schätzt? „Die Gemeinschaft und den Zusammenhalt.“ Doch es gibt auch Neuankömmlinge, wie Familie Pühringer, die das erste Mal an der GÖD-Ferienaktion teilnehmen. Die Eltern Wolfgang und Anna sind mit ihren drei kleinen Kindern, Leander, Valerie und Gabriel, nach Velden gekommen. Gabriel ist zwei Jahre alt und der jüngste Teilnehmer. Wolfgang Pühringer ist Lehrer an der Bio-Schule Schlägl, einer Landwirtschaftsfachschule. An Cap Wörth gefällt ihnen der direkte Seezugang, die schöne Lage und die vielen Freizeitangebote, die Fahrräder, Tretboote, Gokarts und der neue Spielplatz. „Wir konnten leicht Kontakt mit den anderen Familien schließen. Man tauscht sich aus, da man ähnliche Aufgaben zu bewältigen hat. Wir gewinnen viel vom Erfahrungsschatz der anderen Familien“, berichtet Wolfgang Pühringer über die ersten Ferientage seiner Familie.

Gegründet wurde die GÖD-Ferienaktion für Familien mit Kindern, die an Behinderungen oder chronischen Krankheiten leiden, von Kollegen Hans Hable und dem ehemaligen GÖD-Vorsitzenden Hofrat Siegfried Dohr. In der GÖD ist heute Markus Larndorfer als Bereichsleiter dafür verantwortlich. Die erste Ferienaktion fand 1990 in Blindenmarkt statt, es folgte Weiden von 1996 bis 2014, seit 2015 findet sie in Velden statt.

### Hermanns Herzblut

Hermann Schmid nahm selbst vor über dreißig Jahren mit seinem Sohn, der wie sein Vater mit einer erblichen Krankheit auf die Welt kam, bei der GÖD-Ferienaktion, damals in Blindenmarkt teil. Er sprang ein, als jene, die sich um die Familien kümmerten, ausfielen, und im Laufe der Zeit organisierte er immer mehr, bis er zum heutigen Koordinator der GÖD-Ferienaktionen für besondere Familien wurde. „Durch meine eigene Behinderung und jene,

„Die strahlenden Kinderaugen und die Tränen der Freude, das sind die glücklichsten Augenblicke.“

HERMANN SCHMID

die es auch in meinem familiären Umfeld gab, hatte ich Erfahrungen, die ich teilen konnte. Neben den vielen Urlaubsaktionen bin ich das ganze Jahr über für diese Familien erreichbar“, erzählt Hermann über seine ehrenamtliche Tätigkeit. In erster Linie gehe es ihm um die Unterstützung und Förderung von Familien

mit Kindern mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten. Hermanns soziales Engagement geht weit über die GÖD-Ferienaktion hinaus, zusätzlich ist er als Selbsthilfgruppenleiter in fünf Krankenhäusern und Sozialberater tätig. Alle seine Schützlinge haben seine Handynummer und seine E-Mail-Adresse, denn: „Diesen Menschen zu helfen, das ist mein Lebenswerk.“ Die schönsten Momente in den dreißig Jahren GÖD-Ferienaktion? „Die strahlenden Kinderaugen und die Tränen der Freude, das sind die glücklichsten Augenblicke. Doch es gibt auch traurige, wie einen Todesfall. Man sitzt zusammen und weint oder lacht gemeinsam. Das geht ins Herz, das sind die Erinnerungen, die bleiben. Wenn eine Rede über dich gehalten wird und diese Momente dann wie ein Film vor deinem inneren Auge ablaufen, dann kommen die Emotionen, die Tränen, doch sie gehören zu mir“, erklärt Hermann gerührt. Doch wäre er nicht zu so viel Mitgefühl und Emotionen fähig, würde er all das nicht tun – und damit wäre die Welt um einen großartigen Menschen ärmer. ●



Hermann Schmid erhält unter Tränen der Rührung die Ehrenurkunde von GÖD-Vorsitzendem Norbert Schnedl.

# Meinung des Vorsitzenden

**D**as freie Spiel der Kräfte, nämlich Abstimmungen in den verschiedensten Parteienvarianten der im Nationalrat vertretenen Fraktionen, kostet nach bisherigen Berechnungen 1,1 Milliarden Euro. Für Pensionisten sind die Erhöhung der Mindestpensionen und des Pflegegeldes in allen Stufen dabei, die Kosten hierfür sind im Vergleich zur angeführten Gesamtsumme nicht übermäßig hoch. Nun soll ausgerechnet drei Tage vor der Wahl noch eine Sitzung des Nationalrates stattfinden, die befürchten lässt, dass da weitere teure Beschlüsse gefasst werden, in der Absicht, die Wählerschaft froh zu stimmen und am Wahltag den Parteien, die da so abgestimmt haben, mittels Stimmtzettel Dank zu erweisen.

Dass dieses alles bezahlt werden muss, wird sich erst nach der Wahl zeigen, wenn unter Umständen durch Umschichtungen keine generelle Steuerreform möglich ist oder die Staatsverschuldung statt zu sinken wieder nach oben steigt.

Angesichts der Zinspolitik der europäischen Zentralbank ist dies ja fast eine Einladung. Im Übrigen befinden wir uns bereits in einem über Social Media ausgetragenen Wahlkampf, in dem zu befürchten steht, dass er an Grauslichkeiten alles bisher Dagewesene bei weitem übertreffen wird.

In die Welt gesetzt werden derartige Mixturen aus Unterstellungen und vor allem Lügen von professionell betriebenen Firmen mit kaum eruierbaren Firmensitzen, die, wenn sie doch ermittelt werden, meistens dort angesiedelt sind, wo man



<https://goed.penspower.at>

sie nach EU-Recht nicht zur Verantwortung ziehen kann. Politiker übernehmen die Aussagen dieser Firmen gerne, um die Gegenseite zumindest anzugreifen, auch wenn sie dann halbherzig widerrufen. Irgendetwas bleibt ja doch am Widersacher hängen, das wussten übrigens schon die alten Römer, auch ohne Social Media. Und noch ein Vermerk: Die besagten Firmen erstellen und versenden die frisierten Unwahrheiten nicht aus Liebe zum Geschäft, sondern verrechnen das beinahart, auch wenn die Höhe der Kosten immer wieder bestritten wird.

Im Übrigen sind Pflege und Betreuung wieder einmal auf spätere Termine verschoben worden, und auf die Klimakatastrophe, von der wir zwar in Eröffnungsreden zu den Festspielen in Bregenz und Salzburg viel und aufrüttelnd gehört haben, ist der jetzige Gesetzgeber nicht mit voller Kraft eingegangen, obwohl uns auch hier die Zeit davonläuft.

Ob das nach den Wahlen besser wird, wage ich nicht zu vermuten, denn das Wichtigste ist nämlich, dass wieder miteinander geredet wird. Weiters wäre ich froh, wenn niemand aufgrund der Wahl beim Lesen von Schauergeschichten auf seinem Handy einen Lichtmast rammt oder öffentliche Verkehrsmittel zu Notbremsungen zwingt.

IHR DR. OTTO BENESCH



# Bildungsseminar

Das jährliche Bildungsseminar fand heuer vom 17. bis 19. Juni 2019 in Salzburg statt.

Für das jährliche Bildungsseminar, das vom 17. bis 19. Juni 2019 in Salzburg stattgefunden hat, haben die GÖD-Pensionisten drei Themen ausgewählt: die Öffentlichkeitsarbeit der GÖD, die Pflege und die Digitalisierung. So unterschiedlich diese Themen vordergründig auch sein mögen, sie haben dennoch in irgendeiner Weise etwas gemeinsam, denn alle befassen sich mit der Zukunft.

FOTOS: JOSEF STRASSNER

## Mit modernen und zeitgerechten Mitteln in die Zukunft!

Dass eine wachsende Organisation wie die GÖD (251.000 Mitglieder) laufend ihr äußeres Erscheinungsbild (Design) verbessert, gehört ebenso zu ihren Aufgaben, wie es, stets ihren Statuten entsprechend, in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Anliegen ihrer Mitglieder Verbesserungen geben muss. Nur so kann auch in Zukunft das Vertrauen in die GÖD gestärkt und die Mitgliederdichte im Öffentlichen Dienst vergrößert werden. Dass die GÖD dies durch eigene junge Kräfte umgesetzt hat, zeigt Vertrauen und Wirtschaftlichkeit zugleich und den Mut, mit modernen und zeitgerechten Mitteln die Zukunft in Angriff zu nehmen. Kollegin Anja-Therese Salomon hat dies in professioneller Weise bestens präsentiert.



Anja-Therese Salomon, MSc, GÖD  
Presse und PR

## Pflege – Digitalisierung und Statistik – Hilfsmittel zur Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen

Auch was Pflege und Digitalisierung miteinander verbindet, ist vordergründig manchmal schwer zu erkennen, betrifft Senioren jedoch oft gleichermaßen stark.

Die demografische Entwicklung bestätigt uns in Österreich und in Europa eine rapide zunehmende Geschwindigkeit bei der Alterung der Bevölkerung. Anhand der von unserem Referenten Dr. Ernst Fürst, Abteilung Statistik, Land Oberösterreich, erhobenen statistischen Daten von Oberösterreich, die im Wesentlichen auf ganz Österreich umgelegt werden können, umfassen diese insbesondere bei den Hochaltrigen (über 85 Jahre) in Österreich bereits mehr als 450.000 Menschen. Wenn man den wissenschaftlichen Erkenntnissen folgt, werden sich diese Zahlen bis zum Jahr 2040 verdoppeln.

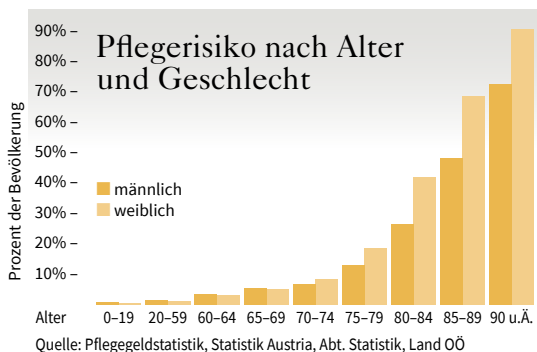
## Unterschiedliche Aufgaben erfordern unterschiedliche Ausbildung

Um im Alter auch noch ein bedingt gutes Leben führen zu können, bedarf es daher großer Anstrengungen. Österreich zählt zu den Ländern mit den

höchsten sozialen Standards in Europa. Diese Standards zu halten, stellt unsere Gesellschaft durch die rasch zunehmende Alterung vor große Herausforderungen. Eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten, aber auch die politischen Parteien haben sich mit dem Thema Pflege in den letzten Jahren auseinandergesetzt. Allein die Definition Pflege wird in der allgemeinen Diskussion unterschiedlich interpretiert. Sowohl von der Ausbildung als auch vom Arbeitsaufwand her ist jeder Fall unterschiedlich zu bewerten, wie beispielsweise bei der Unterstützung im Haushalt, bei der Betreu-



HR Dr. Ernst Fürst,  
ehem. Leiter der  
Abteilung Statistik,  
Land OÖ: „eine  
rapide zunehmende  
Geschwindigkeit  
in der Alterung der  
Bevölkerung“.





Heute leben ältere Menschen immer mehr in Einzelhaushalten, was die verwandtschaftliche Pflege erschwert.

ung und der Verabreichung von Medikamenten als auch bei der Rund-um-die-Uhr-Pflege und der Gabe von intravenösen Medikamenten bis hin zur Palliativbetreuung. Diese unterschiedlichen Aufgaben erfordern auch eine unterschiedliche Ausbildung. Die Frage ist daher zu klären, welche Formen der Ausbildung künftig festgelegt werden sollen.

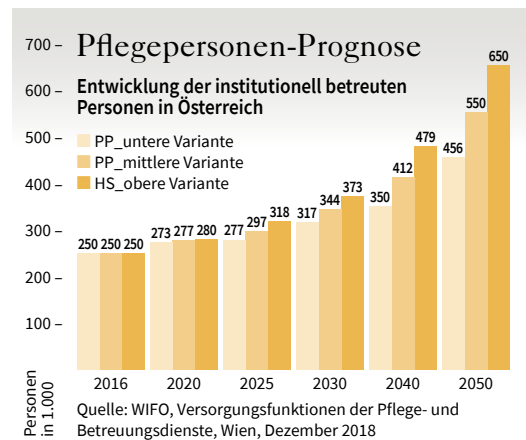
Ein großes Problem stellen auch die Kompetenzverteilung und damit die Verantwortung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden dar, womit auch die Frage der Finanzierung verbunden ist. Gerade der Finanzierungsbedarf steigt mehrdimensional und wird die Budgets in naher Zukunft stärker belasten.

**Pflege (Betreuung) zu Hause oder im Heim?**

Eine wesentliche Frage im Bereich der Pflege ist: Pflege zu Hause oder im Heim? Grundsätzlich war und ist in Österreich die Pflege ein persönliches Anliegen der Familien. Nur, die Familientradition, bei der Eltern, Großeltern und Kinder in einem Haus oder zumindest in nachbarschaftlicher Beziehung leben, hat sich verändert, weshalb heute mehr ältere Menschen in Einzelhaushalten leben, was die verwandtschaftliche Pflege erschwert oder

unmöglich macht. Dennoch bevorzugen mehr als 90 Prozent der pflegebedürftigen Menschen die eigene Wohnung. Dazu kommt allerdings, dass gerade in den letzten Jahren die Beschäftigungsentwicklung immer weniger Pflegekräfte zur Verfügung stellt. So werden heute bei der 24-Stunden-Betreuung (Pflege) häufig nur noch ausländische Pflegekräfte eingestellt, wobei auch hier bereits Mängel bei der Qualität festzustellen sind. Modelle wie Nachbarschaftspflege werden zwar diskutiert und vereinzelt bereits praktiziert,

FOTOS: IPOBA/ISTOCK, JOSEF STRASSNER



allerdings sind hier noch Fragen des Qualifikationsnachweises, der Finanzierung, der Versicherung und Ähnliches zu klären.

### Digitalisierung

Zum Thema Digitalisierung wurde gleich beim Einstieg mit einem Video der Einsatz von Robotik in Japan beim Service an alten und pflegebedürftigen Menschen gezeigt. Ein mulmiges Gefühl für manche von uns, wie das Beispiel zeigte, von einem Computer beim Essen unterstützt zu werden.

Der Einstieg zum Referat von Kollege Roland Ledinger vom BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort stieß mit den Schlagworten Industrie 4.0, G5-Netz, Robotik, KI (künstliche Intelligenz) und Ähnliches auf großes Interesse und warf die Frage auf, welche Veränderungen die Technik in Zukunft für unsere Gesellschaft „noch“ bringen wird. Die Überlegung, wo führt der Weg hin und was kommt noch alles auf uns zu, stand unentwegt im Raum. Kollege Ledinger hat in einer unvergleichlichen Art und Weise eine Präsentation geboten, die die bisherige Entwicklung aufzeigte



*Roland Ledinger, BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, im Vortrag vor SeminarteilnehmerInnen.*

und den gegenwärtigen Positionen auch Zukunftsperspektiven zur Seite stellte. In welcher Art heute Daten erfasst, in welchem Umsatz sie verarbeitet und eingesetzt werden und mit welcher Geschwindigkeit dies geschieht, war der Inhalt seines Referats. Wir danken unserer Referentin und den Referenten für ihre mit großem Fachwissen und viel Einsatz dargebotenen Präsentationen recht herzlich. Danken dürfen wir auch unseren Kolleginnen und Kollegen von der Landesvertretung der Pensionisten in Salzburg, die wieder ein interessantes Kulturprogramm zusammengestellt haben, womit die Zukunft mit der Gegenwart in der wunderschönen Barockstadt Salzburg abgerundet wurde. ●

VON KURT KUMHOFER

## Wir gratulieren und danken Kollegen Jakob Haring!

Kollege Jakob Haring feierte Anfang August seinen 80. Geburtstag. Die Bundesleitung gratuliert dazu herzlichst und dankt gleichzeitig für seinen Einsatz und sein Engagement, die unsere jährlichen Bildungsseminare in Salzburg kulturell so bereichert haben. ●

DR. OTTO BENESCH



# GÖD HOTELS 2019/20

Lust auf Winter?

## BUCHEN SIE JETZT!

Unsere Website finden Sie auf:  
[www.goed-hotels.at](http://www.goed-hotels.at)

- Erholungsurlaub zu günstigen Preisen für GÖD-Mitglieder
- Preise für Nichtmitglieder auf Anfrage

Buchungen:

Tel.: 01/534 54 DW 274

Fax: 01/534 54 DW 134

E-Mail: [info@goed-hotels.at](mailto:info@goed-hotels.at)

Freie Termine auf Anfrage



### Appartementhaus Kirchberg

Stadlwies 7, 6365 Kirchberg/Tirol  
Tel.: 05357/24 73, Fax: 05357/24 73-73  
E-Mail: [kirchberg@goed-hotels.at](mailto:kirchberg@goed-hotels.at)

Wintersaison:

21. Dezember 2019 bis 21. März 2020



APPARTEMENTHAUS  
KIRCHBERG  
GÖD HOTEL

ATEMBERAUBENDE LANDSCHAFT  
FÜR IHR EINZIGARTIGES URLAUBS-  
ERLEBNIS!

Das Haus mit 14 Selbstversorger-Appartements für 2 bis 6 Personen, ausgestattet mit Dusche/WC, Kabel-TV und Telefon, liegt inmitten eines Wanderparadieses und bietet zahlreiche andere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung.

Als zusätzliche Entspannungsmöglichkeiten bieten wir unseren Gästen Sauna, Dampfbad, Infrarotkabine, Solarium, Tischtennis und Dart an. Dort können Sie nach einer ausgedehnten Skifahrt auf unseren zahlreichen Pisten mit unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden oder einem gemütlichen Schneespaziergang durch das verschneite Kirchberg oder am schönen Schwarzsee entspannen.



### PREISE FÜR MITGLIEDER & ANGEHÖRIGE

Wochenpauschale je nach Apartmentgröße

inklusive Parkplatz

Wochenpauschale p. P.	Winter (€)
Erwachsene	266,- bis 294,-
Kinder bis 14 Jahre	238,- bis 266,-
Kleinkinder bis 6 Jahre	210,- bis 224,-
Zuschlag Einzelbelegung	35,-
Endreinigung	35,- bis 50,-



## Das Alpenhotel Moaralm ★★★★★

Plattenkarstraße 1, 5562 Obertauern  
 Tel.: 06456/72 16, Fax: DW 44  
 E-Mail: moaralm@goed-hotels.at

**Wintersaison:**  
 29. November 2019 bis 18. April 2020

### MODERN UND STILVOLL

Die Moaralm bietet ihren Gästen alles, was sie von einer 4-Sterne-Kategorie erwarten können: eine familiäre Atmosphäre, 23 liebevoll eingerichtete und mit moderner Technik versehene Zimmer, eine hauseigene Tiefgarage und eine „Wohlfühloase“ mit Sauna und Dampfbad. Sie können den Tag auch gerne im Barbereich mit einem Après-Ski-Getränk ausklingen lassen.

### PREISE FÜR MITGLIEDER & ANGEHÖRIGE Halbpension

Wochenpauschale p. P. inklusive Benutzung der Tiefgarage (€)	Winter (€)
Erwachsene	588,-
Kinder (im Zimmer der Eltern) von 10 bis 14 Jahren	441,-
Kinder (im Zimmer der Eltern) bis 10 Jahre	364,-
Kleinkinder bis 6 Jahre (Nächtigung, ohne Essen)	293,-
Einzelzimmerzuschlag	56,-



## URLAUB IST MEHR: SPORT & BEWEGUNG FÜR AKTIV-URLAUBER!



1. Bezahlung: Mit der Reservierung erhalten Sie einen Zehrschein. Die Bezahlung hat spätestens sechs Wochen vor Reiseantritt zu erfolgen.
2. Stornierung: Bei Stornierung der Buchung werden folgende Stornokosten in Rechnung gestellt (Stornogebühren sind dann zu entrichten, wenn das gebuchte Zimmer nicht mehr weitergegeben werden kann. Eine Tagespauschale pro Person ist aber in jedem Fall zu bezahlen):
  - 42 bis 30 Tage vor Reiseternin ..... 15 %
  - 29 bis 15 Tage vor Reiseternin ..... 30 %
  - 14 bis 8 Tage vor Reiseternin ..... 60 %
  - ab 7 Tage vor Reiseternin ..... 80 %
  - No Show ..... 100 %
3. No Show: No Show liegt vor, wenn Sie nicht zum vereinbarten Zeitpunkt anreisen bzw. die Reservierung auch nicht schriftlich stornieren oder Ihre verspätete Ankunft nicht mitgeteilt wurde. In diesem Fall behalten die GÖD-Hotels den Anspruch auf den vollen Reisepreis. Gerichtsstand: Wien. TURNUSWECHSEL ist in allen Häusern Samstag. Ihre Anmeldung erbitten wir schriftlich an: Heimverein der GÖD, Teinfaltstraße 7, 1010 Wien



## Wellnesshotel Sportalm Hintermoos ★★★★★

Bachwinkl 6, 5761 Hintermoos / Maria Alm  
 Tel.: 06584/75 76, Fax: 06584/75 76-7  
 E-Mail: sportalm@goed-hotels.at

**Wintersaison:**  
 22. Dezember 2019 bis 21. März 2020

### WELLNESS, WOHIN DAS AUGE REICHT

Die Sportalm verfügt über 23 modernst ausgestattete Zimmer mit Dusche/WC, Direktwahltelefon, WLAN und Kabel-TV sowie einen Lift und einen eigenen Fernsehraum. Der hauseigene Wellnessbereich hat von Sauna über Dampfbad, Infrarotkabine und Whirlpool bis zum Solarium alles zu bieten, was das Herz begehrt. Kulinarisch versorgt werden unsere Gäste durch die bekannte hauseigene Küche. Zu ihrer sportlichen Ertüchtigung stehen ihnen einige Trainingsgeräte kostenlos zur Verfügung.

### EINE KARTE – 60 VORTEILE

Die Hochkönig Card ist bei Ihrer Buchung der Sportalm inkludiert. Genießen Sie Vergünstigungen und spezielle Angebote vom ersten bis zum letzten Moment Ihres Aufenthalts!

### PREISE FÜR MITGLIEDER & ANGEHÖRIGE Halbpension

Wochenpauschale p. P.	Winter (€)
Erwachsene	553,-
Kinder (im Zimmer der Eltern) von 10 bis 14 Jahren	441,-
Kinder (im Zimmer der Eltern) bis 10 Jahre	364,-
Kleinkinder bis 6 Jahre (Nächtigung, ohne Essen)	203,-
Einzelzimmerzuschlag	56,-



# MITGLIEDER **werben** MITGLIEDER

**WERBEN SIE EIN NEUES GÖD-MITGLIED UND GEWINNEN  
SIE WERTVOLLE PREISE WIE ZUM BEISPIEL DIESE:**

## **2 URLAUBSBOXEN**

Kurzurlaub „Raus auf's  
Land“ für 2 Personen / 2 ÜN  
zu je € 169,90



## **2 FREUNDE-BOXEN**

im Wert von € 59,- pro  
Person: 392 Erlebnisse in  
ganz Österreich genießen



# 25-JÄHRIGES JUBILÄUM

**Der Betriebsrat für Privatangestellte an der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) wurde vor einem Vierteljahrhundert gegründet.**

VON GABRIELE WAIDRINGER UND  
NORBERT BLAUMOSER

Eine Gesetzesänderung vor fast dreißig Jahren ermöglichte es der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), über Drittmittelleinnahmen eigenes Personal anzustellen. Die ZAMG ist den Österreicherinnen und Österreichern als Wetter-, Klima- und Erdbebendienst wohlbekannt. Sie ist eine nachgeordnete Dienststelle des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Im Laufe der Zeit nahm die Zahl der Bundesbediensteten an der ZAMG aufgrund fehlender Nachbesetzungen ab, die Aufgaben nahmen aber zu. So übernahmen viele Privatangestellte auch Aufgaben der öffentlich Bediensteten. Vor nun 25 Jahren gründeten engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen eigenen Betriebsrat für die Privatangestellten. Am 8. Mai 2019 lud der Betriebsrat der ZAMG zu einer feierlichen Betriebsversammlung ein. Prominente Wegbegleiter aus Gewerkschaft und Arbeiterkammer konnten begrüßt werden, auch ehemalige Mitglieder des Betriebsrates sowie

Vertreter der zuständigen Personalvertretungen (Dienststellenausschuss und Zentralausschuss) der Bundesbediensteten. Die Leistungsbilanz des Betriebsrates fiel sehr erfreulich aus und wurde von vielen Gästen in ihren Grußworten positiv gewürdigt. Auch das Engagement des Betriebsrates bei den vielen Ausgliederungsversuchen, die die ZAMG schon erlebt hat, wurde angesprochen. Unter anderem forderte der Rechnungshof die Zusammenlegung der staatlichen Wetterdienste ZAMG, dem militärischen Wetterdienst und dem Flugwetterdienst der Austro Control. Derzeit wird im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung an einer Zusammenlegung der ZAMG und der geologischen Bundesanstalt (GBA) gearbeitet, wobei aber noch keine Inhalte festgelegt wurden. Der Ministerrat hat grundsätzlich das Projekt am 6. März 2019 abgesegnet. Der Zentralausschuss<sup>1</sup> der Bundesbediensteten und die Bundesvertretung 16 (Universitätsgewerkschaft, allgemeines Universitätspersonal) der GÖD werden gemeinsam mit den Dienststellenausschüssen und Betriebsratskörperschaften der beiden wissenschaftlichen Anstalten das Vorhaben der Regierung begleiten, damit keine Nachteile für das Personal entstehen. ●

1 „Zentralausschuss beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Bediensteten im Bereich der Angelegenheiten der Wissenschaft und Forschung, an den zugehörigen nachgeordneten Dienststellen und an den wissenschaftlichen Anstalten, Bedienstete der Ämter der Universitäten mit Ausnahme der UniversitätslehrerInnen.“

FOTO: DIPL.-ING. (FH) ANDREAS BAUMGARTNER (ZAMG)



*Zentralausschuss-Vorsitzende Sandra Strohmaier MBA, MSc, Betriebsrat-Vorsitzender Norbert Blaumoser und GÖD-Vorsitzende Universitätsgewerkschaft, allgemeines Universitätspersonal (BV 16) Gabriele Waidringer (v. l. n. r.) feiern das erfolgreiche Vierteljahrhundert-Jubiläum des Betriebsrates an der ZAMG.*



*Bundesministerin Mag. Elisabeth Udolf-Strobl lud zum traditionellen Sommerfest des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort ein – hier gemeinsam mit dem Dienststellenausschuss-Vorsitzenden Harald Kremzl bei der Eröffnung.*



## Gelungenes Sommerfest

**B**undesministerin Mag. Elisabeth Udolf-Strobl hat eine sehr schöne Tradition im Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort fortgesetzt und am 17. Juni 2019 zum Sommerfest in den Hof des Regierungsgebäudes am Stubenring eingeladen. Bei bestem Wetter hat sie gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Dienststellenausschusses, Harald Kremzl, die Kollegenschaft begrüßt und allen für die



hervorragende Arbeit im ersten Halbjahr gedankt. Harald Kremzl hat sich bei seiner Rede über die gute Zusammenarbeit der Personalvertretung mit der Dienstgeberseite gefreut und ist auf die guten Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen, wie etwa die Telearbeit oder die Klimatisierung der Büros, eingegangen. Auch heuer war es wieder eine sehr gelungene Veranstaltung. ●



## Seminare **FORDERN.FÖRDERN. SELBSTWERT.STÄRKEN**

Die Seminare für GÖD-FunktionärInnen, PersonalvertreterInnen und BetriebsrätInnen, die von GÖD-Vorsitzender-Stellvertreterin bzw. GÖD-Bereichsleiterin Frauen, Monika Gabriel, ausgeschrieben werden, finden großen Anklang. Inhalt sind stets Gewerkschaftspolitisches, PVG, Dienst- und Besoldungsrechtliches sowie Informationen aus dem Rechtsbüro. Darüber hinaus gibt es immer einen etwa eintägigen persönlichkeitsbildenden Teil:

### Für Frauen:

- „Verbale Strategien im Umgang mit emotionalen Momenten – Killerphrasen knacken und kontern“  
*ReferentInnen:* Monika Gabriel, Gregor Wassermann, Mag. Stephan Zuser
- „Erkennen. Verstehen. Nachempfinden. – Empathie weiterentwickeln.“  
*ReferentInnen:* Monika Gabriel und Dietmar Schrey

### Für Männer:

- „Männer. Chancengleichheit. Balance?“ *Seminarinhalte:* Bundesgleichbehandlungsgesetz, Gender, Gender-Mainstreaming, Männerbild im Wandel, Positive Kommunikation, Überblick zum Thema Väterkarenz, Kinderbetreuungsgeld etc.  
*ReferentInnen:* Mag. Michael Fuchs-Robetin, Univ.-Prof. Dr. Erich Lehner, Sandra Strohmaier, MBA MSc, Monika Gabriel, Mag. Martin Holzinger, Frauensekretärin Doris Bayer

### Für gemischte Gruppen:

- „Rollenbilder – Bilder im Rollen? Bundesgleichbehandlung, Gender/Gender-Mainstreaming“  
*ReferentInnen:* MMag.<sup>a</sup> Monika Stempkowski, Mag. Michael Fuchs-Robetin, Monika Gabriel
- „Aufblühen statt Ausbrennen – Burnout? Umgang mit Stress ...“  
*ReferentInnen:* Romana Wallner-Desbalmes, Monika Gabriel



*SeminarernehmerInnen mit Monika Gabriel, GÖD-Vorsitzender-Stv. und GÖD-Bereichsleiterin Frauen. Weitere Gruppenbilder sind auf der GÖD-Website abrufbar.*

## GÖD Weiz **FEIERLICHE JUBILAR-EHRUNG**

Bei der diesjährigen Jubilarerhung der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst für 25-jährige, 40-jährige, 50-jährige, 60-jährige Mitgliedschaft im Bezirk Weiz am 3. Juni 2019 im Gasthaus Allmer in Weiz konnte der Vorsitzende der GÖD Weiz, Dir. Michael Gruber, auch den Landesvorsitzenden der GÖD Steiermark, Herrn Josef Pilko, recht herzlich begrüßen. Die Gäste wurden nicht nur kulinarisch, sondern auch mit einer exklusiven Weinverkostung und musikalischen Genüssen und einer Aufführung verwöhnt.

*Die GÖD-Jubilarer, Bezirk Weiz, mit Josef Pilko (rechts außen) und Michael Gruber (links).*



## Buch-Tipp SCHULRECHT IM ALLTAG

„Das österreichische Schulrecht“ erklärt komplexe juristische Sachverhalte des Rechts in der Schule und ihrer Verwaltung praxisgerecht. Es bietet Orientierung und Entscheidungshilfen für PädagogInnen, Eltern- und SchülervertreterInnen. Weitere Inhalte: Schulunterrichtsgesetz-Novellen 2018 und 2019, „Pädagogikpaket“, Herbstferienregelung etc.

**Markus Juranek:**

„Das österreichische Schulrecht. Einführung in die Praxis“, 3. Auflage, 367 Seiten, 39 Euro  
ISBN 978-3-7046-8259-8  
[www.verlagoesterreich.at](http://www.verlagoesterreich.at)



## GÖD-Landesverwaltung BESUCH BEI LANDESHAUPTMANN PETER KAISER

Die Spitze der Bundesvertretung der GÖD Landesverwaltung besuchte unlängst den derzeitigen Vorsitzenden der Landeshauptleute-Konferenz, Landeshauptmann Peter Kaiser in Klagenfurt. Traditionell wurden aktuelle Themen aus den Landesdiensten in Österreich diskutiert. Besonders eingegangen wurde in der Diskussion auf das Sicherheitsthema, das nach einem tragischen Vorfall in Vorarlberg in allen Bundesländern vordringliches Thema ist. LH Peter Kaiser versprach auch, dieses Thema in der Landeshauptleute-Konferenz aufzugreifen und zu thematisieren. In einem konstruktiven Gespräch wurden weitere bundesländerübergreifende Themen angesprochen und mit LH Peter Kaiser diskutiert.



*Landesamtsdirektor  
Dr. Dieter Platzer,  
Vor.-Stv. Ing. Hugo  
Scharf (Kärnten),  
Bundesvorsitzender  
LAbg. Peter Oberlehner  
(Oberösterreich),  
Landeshauptmann  
Peter Kaiser, Vors.-Stv.  
Dr. Günther Lippitsch  
(Steiermark) und  
Siegfried Wiggisser  
(Kärnten) (v. l. n. r.).*

## Infoveranstaltungen JUSTIZWACHE – MEHR ALS NUR EINE SCHLÜSSELFUNKTION

Die Justizwache ist in Österreich ein Teil der Exekutive. Aufgrund des vorherrschenden Personalmangels in den österreichischen Justizanstalten soll durch Infoveranstaltungen der Beruf der Justizwachebeamten bzw. des Justizwachebeamten vorgestellt und Interesse geweckt werden. Diese finden beispielsweise in Niederösterreich in Horn und in Krems statt. Zu den Inhalten zählen:

- Informationen zum Strafvollzug in Österreich
- Tätigkeiten der JustizwachebeamtenInnen
- Anforderungsprofil und Aufnahmekriterien
- Bewerbung und Aufnahmeverfahren
- Ausbildung zur Justizwachebeamten bzw. zum Justizwachebeamten
- Karriere- und Verdienstmöglichkeiten

### Infoveranstaltung Horn:

Dienstag, 8. Oktober 2019, 18.30 Uhr  
Kunsthau Horn, Piaristensaal  
3580 Horn, Wiener Straße 2

### Infoveranstaltung Krems:

Donnerstag, 10. Oktober 2019, 18.30 Uhr  
Justizanstalt Stein  
3500 Krems a. d. Donau,  
Steiner Landstraße 4

### Anmeldung per E-Mail an:

[jastein.ausbildung@justiz.gv.at](mailto:jastein.ausbildung@justiz.gv.at)  
(Name und Geburtsdatum sind erforderlich)

## Impressum

„GÖD – Der öffentliche Dienst aktuell“ ist das Mitglieder-magazin der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und erscheint im 74. Jahrgang. Herausgeber: Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Dr. Norbert Schnedl. Medieninhaber: GÖD Wirtschaftsbetriebe GmbH, A-1010 Wien, Teinfaltstraße 7. Chefredakteur: Otto Aiglsperger, A-1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Tel.: 01/534 54, Internet: [www.goed.at](http://www.goed.at), E-Mail: [presse@goed.at](mailto:presse@goed.at). Konzeption, Redaktion und Grafik: Modern Times Media VerlagsgesmbH, A-1030 Wien, Lagergasse 6. Verlagsleitung: Dr. Michaela Baumgartner. Chefin vom Dienst: Mag. Laura Ari, Art-Direktion: Thomas Frik. Grafik: Marion Leodolter. Hersteller: Druckerei Berger, A-3580 Horn, Wiener Straße 80. Verlagsort: Wien. Herstellungsort: Horn. DVR-Nr.: 0046655. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Autorin bzw. des Autors dar, die sich nicht mit der Meinung der GÖD decken muss.

Das GÖD-Magazin ist Teil der APA DeFacto-Medien- und Fachdatenbank. Die Artikel sind digital im APA Medienarchiv mit derzeit mehr als 900 Medien und rund 140 Millionen Dokumenten für Journalistinnen, ManagerInnen, PolitikerInnen und Expertinnen abrufbar.



## Unterrichtsverwaltung SCHULUNGSKURS

Die Landesvertretung 3 (LV3) Unterrichtsverwaltung der GÖD Niederösterreich absolvierte in Melk einen Schulungskurs. Informativ, arbeitsintensiv und kommunikativ war dieser Kurs für die TeilnehmerInnen aus ganz Niederösterreich. Der Landesvertretung-Vorsitzende Robert Kugler gewann ranghohe Funktionäre der GÖD für diesen Schulungskurs: GÖD-Vorsitzender-Stv. Monika Gabriel brachte in erfrischender Art die tägliche Gewerkschaftsarbeit dar. GÖD-Bereichsleiter Dienstrecht Mag. Dr. Eckehard Quin referierte in humorvoller Art über Dienst- und Besoldungsrecht. Brigitte Dietrich, Vorsitzender-Stv. der LV 3, bestätigte ihren Ruf als beste Organisatorin. Der Einsatz aller KursteilnehmerInnen machte diese Schulungstage zu einem vollen Erfolg!

*Die KursteilnehmerInnen der Landesvertretung 3 Unterrichtsverwaltung GÖD NÖ.*



## Buch-Tipp POLIZEIGESCHICHTEN

In „Die Fragen stellen wir!“ veröffentlicht Johann Veith, Leitender Kriminalbeamter i. R., seine Erlebnisse, die er an Tatorten und in Polizeidienststellen Wiens sammelte.

*Johann Veith: „Die Fragen stellen wir! Polizeigeschichten und Anekdoten“*

*Verlagshaus Hernalers*

*ISBN 978-3-902975-80-5*

*240 Seiten, 19,90 Euro*

*[www.verlagshaus-hernalers.at](http://www.verlagshaus-hernalers.at)*

*Versandkostenfrei über den Verlag bestellbar*



## ● SCHLUSSPUNKT

### SPANNENDE ZEITEN STEHEN BEVOR

Österreich wählt demnächst den neuen Nationalrat. Wir alle sind aufgerufen, die Zukunft mitzubestimmen. Derzeit arbeitet eine sogenannte Beamtenregierung, wie es scheint, zur Zufriedenheit vieler. Das allein ist bemerkenswert, denn in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten wurden die „Beamten“ (damit werden in der Regel alle öffentlich Bediensteten verstanden) nicht immer mit Ruhm und Anerkennung bedacht. Allerdings ist unsere Aufgabe das geordnete „Verwalten“ in Bund, Ländern und Gemeinden und nicht das Gestalten und Formen unseres Zusammenlebens. Das geschieht in einer Demokratie durch gewählte Organe, also den Nationalrat (und den Landtagen) bzw. durch die dort berufenen Personen. Und genau um diese demokratische Mitgestaltung geht es: Wie sollen sich in Österreich die innere und äußere Sicherheit, die Gesundheits-, Kranken- und Pflegebetreuung, die Umwelt, die Bildung und Weiterbildung von uns allen entwickeln, um nur einige Bereiche zu nennen? Immer wieder hört man, dass es sich „die da oben“ sowieso richten würden und wir kleine Wähler/-innen nichts zu bestimmen hätten. Was wäre denn die Alternative? Eine Diktatur? Mir ist Mitbestimmung und Mitgestaltung allemal lieber, als einem Diktat unterworfen zu sein. Nur zu jammern und selbst nicht wählen zu gehen, ist zu wenig. Unsere gemeinsame Zukunft zu verbessern und weiter zu entwickeln, das sind positive und optimistische Perspektiven. Die heile Welt wird es natürlich niemals geben. Aber sich in diese Richtung gemeinsam zu bemühen, muss das Ziel sein. Spannende Zeiten für unser wunderschönes Land.

HELMUT MOOSLECHNER

# Wenn es wirklich wichtig ist, erfährst Du es zuerst!



→ GÖD-Webseite  
[www.goed.at](http://www.goed.at)



→ Twitter  
[@Goed\\_official](https://twitter.com/Goed_official)

## Auch online immer auf dem Laufenden



→ WhatsApp-Infodienst  
Anmelden auf [www.goed.at/whatsApp](http://www.goed.at/whatsApp)



→ Instagram  
[@Goed\\_official](https://www.instagram.com/Goed_official)



→ GÖD-Newsletter  
Anmelden auf [www.goed.at/newsletter](http://www.goed.at/newsletter)



→ Facebook  
[@Goed.official](https://www.facebook.com/Goed.official)



# GÖD

GEWERKSCHAFT  
ÖFFENTLICHER  
DIENST

# Gemeinsam jeden Tag  
**FÜR VERNETZUNG**